

## PROTOKOLL

### 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Steffisburg

Freitag, 17. Oktober 2008

17.00 Uhr – 19.30 Uhr, Höchhus, Saal Dachstock, Höchhusweg 17, Steffisburg

---

Vorsitz	Maurer Peter, GGR-Präsident 2008
Sekretär	Zeller Rolf, Gemeindeschreiber
Protokoll	Neuhaus Marianne, Verwaltungsangestellte
Mitglieder	EDU Bühler Markus Gerber Christian
	EVP Bachmann Margret bis 19.00 Uhr Brönnimann Marlène Gyger Lukas Schweizer Thomas Wäfler Samuel
	FDP Bührer Isabelle bis 19.15 Uhr Gerber Jürg Riesen Michael ab 17.05 Uhr Schneeberger Stefan Stauffer Sandro Trachsel Urs Wegmann Beat
	SP Erb Martin Gfeller Katharina Hug-Wäfler Gabriela Jordi Katharina Jordi Peter Lehmann Martin Lehmann Ruth Maurer Peter Schanz Claudia Tschanz Therese
	SVP Barben Adrian Berger Ulrich Gerber Heinz Grossniklaus Hans Ulrich Kropf Hansueli Marti Hans Rudolf Marti Werner Saurer Ursula Schwarz Elisabeth bis 18.55 Uhr Tanner Sylvia

Entschuldigt	Tschanz Therese (Auslandaufenthalt)		
Anwesend zu Beginn	32		
Absolutes Mehr	17		
Mitglieder Gemeinderat	Feller Hans Rudolf	Vorsteher Präsidiales	FDP
	Marti Jürg	Vorsteher Sicherheit	SVP
	Huder Ursulina	Vorsteherin Bildung	SP
	Kopp Lorenz	Vorsteher Hochbau/Planung	EVP
	Schenk Marcel	Vorsteher Tiefbau/Umwelt	SP
	Schmid Susanna	Vorsteherin Soziales	SVP
	Spycher Stephan	Vorsteher Finanzen	FDP
Entschuldigt	Schenk Marcel, Vorsteher Tiefbau/Umwelt (Ferien)		
Anwesende Vertreter Verwaltung	Bühlmann Hans Peter, Abteilungsleiter Bildung Ciabuschi Claudio, Abteilungsleiter Soziales Finger Monika, Finanzverwalterin Hadorn Hans-Peter, Abteilungsleiter Hochbau/Planung Jäggi Albert, Abteilungsleiter Tiefbau/Umwelt Kopp Elisabeth, Gemeindeschreiber-Stv. Müller Hansjürg, Abteilungsleiter Sicherheit		
Medienschaffende	4		
Zuhörer	12		
Gäste/Referenten	--		

---

## ERÖFFNUNG

Einleitend begrüsst der Vorsitzende alle Gäste, Medienvertreterinnen und Medienvertreter, alle Ratsmitglieder des Gemeinderates und des Grossen Gemeinderates und alle Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindeverwaltung. Im Besonderen begrüsst er das neue Ratsmitglied Adrian Barben. Aus beruflichen Gründen konnte er an der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates nicht teilnehmen.

### Zukünftiger Sitzungsort des Grossen Gemeinderates

Der Leitende Ausschuss wurde an der letzten Sitzung des Grossen Gemeinderates beauftragt, die Sitzordnung im Dachgeschoss des Höchhus' zu optimieren. Deshalb wurde die Anordnung der Tische angepasst und verbessert. Am Schluss der Sitzung wird definitiv darüber abgestimmt, ob der Grosse Gemeinderat weiterhin im Höchhus tagen wird oder nicht.

### Traktandenliste

Ulrich Berger beantragt im Namen der SVP-Fraktion, die Reihenfolge der Traktandenliste abzuändern, d.h. die Motion der SVP-Fraktion „Steuersenkung 2009“ (Trakt. 73) vor dem Finanzplan 2009 – 2013 (Trakt. 72) zu behandeln.

Im Namen des Gemeinderates widersetzt sich Gemeinderat Stephan Spycher dem Antrag der SVP-Fraktion wie folgt:

Er erklärt, dass die bestehende Abfolge der „Finanz-Traktanden“, d.h. zuerst die Behandlung des Finanzplanes 2009 – 2013, anschliessend die Behandlung der Motion betr. „Steuersenkung 2009“

und zuletzt die Behandlung des Voranschlags 2009 korrekt und sinnvoll ist. Der Finanzplan wird vom Grossen Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Die Motion und der Voranschlag sind indes- sen Beschlusses-Traktanden. Zudem geht Gemeinderat Stephan Spycher davon aus, dass der Grosse Gemeinderat in Kenntnis der finanziellen Perspektiven (Finanzplan 2009 – 2013) über die Steueranlage entscheiden will. Deshalb macht es aus Sicht des Gemeinderates nicht Sinn, zuerst über die Motion betr. Steuersenkung zu diskutieren. Klar ist, dass die Motion vor dem Voranschlag zu behandeln ist, denn mit der Genehmigung des Voranschlages wird auch über die Steueranlage entschieden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung über die Abänderung der Reihenfolge der Traktandenliste, d.h. die Motion der SVP-Fraktion „Steuersenkung 2009“ (Trakt. 73) vor dem Finanzplan (Trakt. 72) zu behandeln.

Mit 22 zu 9 Stimmen wird der Antrag abgelehnt. Die Traktandenliste wird somit unverändert wie folgt genehmigt:

70. Protokoll der Sitzung vom 22. August 2008
71. Informationen des Gemeindepräsidenten
72. Finanzen; Finanzplan 2009 – 2013; Kenntnisnahme
73. Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung 2009“ (2008/12); Behandlung
74. Finanzen; Voranschlag 2009, Steueranlage und Liegenschaftssteuerersatz; Genehmigung z.H. Gemeindeabstimmung vom 30.11.2008
75. Soziales; Reglement zur Übertragung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz an die Stadt Thun; Genehmigung
76. Motion des Jugendrates betr. „Jugendtreff Schächli“ (2004/09); Abschreibung
77. Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Strassenreinigung Bahnhofstrasse West“ (2008/18); Beantwortung
78. Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung
79. Einfache Anfragen
80. Sitzungskalender 2009; Genehmigung

Der Vorsitzende bittet die Ratsmitglieder allfällige neue parlamentarische Vorstösse einzureichen, damit diese anschliessend kopiert und verteilt werden können.

## **VERHANDLUNGEN**

### **70 10.060.006 Protokolle**

#### **Protokoll der Sitzung vom 22. August 2008**

Das Protokoll der Sitzung vom 22. August 2008 wird ohne Bemerkungen einstimmig genehmigt.

## **71 10.060.000 Grosser Gemeinderat**

### **Informationen des Gemeindepräsidenten**

[Hans Rudolf Feller](#) orientiert, dass er am Ende seiner üblichen Informationen näher über das neue Wirtschaftsförderungskonzept informieren wird. Das Wirtschaftsförderungskonzept liegt nun vor und wird heute Abend allen Ratsmitgliedern verteilt. Anschliessend wird Gemeinderat Lorenz Kopp über die Problematik der Überbauung des Dorfplatzes berichten.

#### 71.1 Aktuelle Einwohnerzahlen von Steffisburg

Per 1. Oktober 2008 beträgt die Einwohnerzahl 15'523. Per 1. September 2008 betrug die Einwohnerzahl ebenfalls 15'523. Es gab 75 Mutationen plus und 75 Mutationen minus - ein Phänomen, welches es wohl noch nie gegeben hat, so [Hans Rudolf Feller](#).

#### 71.2 Anstellung technischer Sachbearbeiter Hochbau/Planung

Am 13. Oktober 2008 wurde bei der Abteilung Hochbau/Planung (Bauinspektorat) Christoph Schürch, Rüegsbach, als technischer Sachbearbeiter angestellt. Herr Schürch ersetzt Adrian Rütishauser. Somit ist das Bauinspektorat wieder komplett.

#### 71.3 Anstellung Sozialarbeiter

Per 1. Januar 2009 wird bei der Abteilung Soziales Alphonse Houbé, Sigriswil, als Sozialarbeiter angestellt. Er ersetzt André Zorn, welcher per Ende September 2008 ausgetreten ist.

#### 71.4 Lehrlingswoche

Die vergangene Woche haben die acht Lernenden der Gemeinde Steffisburg im Rosenloui-Tal verbracht. Eine solche Projektwoche findet alle drei Jahre statt. Es handelt sich dabei um ein Projekt der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete. Die Lernenden sind während einer Woche damit beschäftigt, Alpweiden zu säubern und aufzuräumen. Die Leitung hatten Kathrin Wyssen und Andreas Wahli. Aufgrund der Rückmeldungen war die Projektwoche ein voller Erfolg.

#### 71.5 Finanzieller Beitrag Thuner Amtsanzeiger

Die Gemeinde Steffisburg erhält jährlich vom Thuner Amtsanzeiger einen finanziellen Beitrag. Dieser dient nicht zur Sanierung der Gemeindekasse, sondern wird eingesetzt für Sport, Kultur und gemeinnützige Zwecke. Der Gemeinderat hat beschlossen, zu Lasten des Thuner Amtsanzeiger-Fonds folgende Person bzw. Vereine zu unterstützen:

Der Sponsoring-Vertrag mit der Weltklasse-Snowboarderin Fränzi Mägert-Kohli wurde bis Ende 2010 verlängert. Ihre nächsten grossen Ziele sind die WM in Korea (2009) und die Olympischen Spiele in Vancouver (2010). Die Gegenleistungen von Fränzi Mägert-Kohli werden wieder wie im bisherigen Rahmen erfolgen wie z.B. die Rede an der Bundesfeier 2008.

Ebenfalls wird der Langlaufklub Heimenschwand für die kommende Saison wieder für die Loipenpräparation bis Fr. 5'000.00 unterstützt. Aufgrund mangelnden Schnees im letzten Jahr wurde nur ca. die Hälfte des maximalen Beitrages ausbezahlt.

Der Verein Saagi am Mülibach erhält einen Beitrag von Fr. 10'000.00 an die Restauration des „Fabriggli Mürner“ im Burgergut.

#### 71.6 Genehmigung Teilrevision Ortsplanung

Am vergangenen Montag ist vom Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) die Genehmigung der Teilrevision der Ortsplanung eingetroffen. Die Gemeinde hat lange auf diesen Entscheid warten müssen, wenn bedenkt wird, dass die Volksabstimmung über die Teilrevision der OPLA am

17. Juni 2007 stattgefunden hat. Die Publikation der Genehmigung wird am 23. Oktober 2008 im Thuner Amtsanzeiger publiziert. Anschliessend gilt eine 30-tägige Beschwerdefrist. Wird keine Beschwerde eingereicht, so tritt die Teilrevision der OPLA endgültig in Kraft.

#### 71.7 ZPP P Alte Bernstrasse UeO Nr. 78

Die Vorprüfung zur ZPP P Alte Bernstrasse UeO Nr. 78 Areal Meyer & Burger AG ist abgeschlossen. Diese geht demnächst in die Auflage. Im Thuner Tagblatt konnte gelesen werden, dass probiert wird, das ganze Gebäude gewerblich zu nutzen. Die Eigentümer sind gewillt, das Gebäude zu verkaufen.

#### 71.8 Feuerwehrmagazin am Embergweg 51

Mit dem Bau des „FeuerWerkes“ wird das Feuerwehrmagazin am Embergweg 51 nicht mehr benutzt. Der Gemeinderat hat dieses der NetZulg AG für Fr. 50'000.00 verkauft. Die NetZulg AG wird das Gebäude als Ersatz für eine bestehende Trafo-Station verwenden.

#### 71.9 Schulsozialarbeit

Der Gemeinderat hat zur Kenntnis genommen, dass die Schulsozialarbeit mindestens 1,5 Stellen in Anspruch nehmen würde. Er ist der Meinung, dass die Einführung der Schulsozialarbeit zuerst geprüft und ein entsprechendes Konzept entwickelt werden muss. Dafür bewilligt er einen Kredit von Fr. 27'000.00. Die Thematik wird an der Berner Fachhochschule für Sozialarbeit geprüft.

#### 71.10 Vorstellung Wirtschaftsförderungskonzept

Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller erläutert das an alle Ratsmitglieder verteilte neue Wirtschaftsförderungskonzept wie folgt:

Ende November 2007 wurde ein Workshop mit Vertretern der lokalen Wirtschaft durchgeführt. Ziele, Erwartungen und Ideen wurden dabei zusammengetragen. In diesem Sinne wurde die Grundlage formuliert, um ein Wirtschaftsförderungskonzept zu erarbeiten. Mit dem Konzept ist es ähnlich wie mit der Ortsplanungsrevision. Beide können Wesentliches zur Entwicklung des Dorfes beitragen, jedoch können beide die Entwicklung nicht steuern. Die Meyer & Burger AG dient als typisches Beispiel – Entscheide werden oftmals ausserhalb der Gemeinde, ausserhalb der Schweiz, zum Teil auch ausserhalb von Europa gefällt. Die Gemeinde kann dabei keinen Einfluss nehmen, jedoch kann sie gute Bedingungen schaffen.

Die Ausgangslage für das neue Wirtschaftsförderungskonzept war das Massnahmenblatt Nr. 8 im Konzept „Ortsentwicklung“, welches ein Konzept zur Bestandespflege der Wirtschaft verlangt. Die Antwort dazu wurde auf die Interpellation der FDP-Fraktion „Konzept Wirtschaftsförderung“, Erstunterzeichner Sandro Stauffer, gegeben. Diese Zielsetzung hat sich bekanntlich nur auf den Aspekt „Pflege der bestehenden Wirtschaft“ konzentriert. Das neue Konzept wurde nun auf alle Aspekte der Wirtschaftsförderung ausgedehnt. Die drei wesentlichsten Hauptzwecke sind: Pflege der ansässigen Unternehmungen, die Ansiedlung von neuen Unternehmen und eine allgemeine Image- und Standortförderung.

Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller betont folgenden Leitsatz aus den Zielsetzungen des Wirtschaftsförderungskonzeptes (Leitsatz 1 aus dem Gemeindeleitbild) „Steffisburg stärkt seine Position als wirtschaftliches, gesellschaftliches und kulturelles Subzentrum der Agglomeration Thun“. Es ist ihm wichtig, diesen immer wieder hervorzuheben. Es geht nicht darum Thun zu konkurrenzieren, doch will Steffisburg eine Rolle in dieser Agglomeration spielen und Notwendiges zur Stadt ergänzen.

#### 71.11 Überbauung Dorfplatz

Wie sicher allen bekannt ist, wurde dem Gemeinderat am 28. Juli 2008 die Petition „Dorfplatz“ mit 2'270 Unterschriften übergeben, so Gemeinderat Lorenz Kopp. Die Forderungen sind die Folgenden: Das publizierte Bauvorhaben sei nicht weiter zu unterstützen und der Dorfplatz sei nicht zu verkaufen. Werde der Gemeinderat nicht auf diese Forderungen eingehen, so sei eine Konsulta-

tivabstimmung durchzuführen und der Vorkaufsvertrag offen zu legen. Heute hat der Gemeinderat die Petition beantwortet, und zwar zuerst einer Vertretung des Petitionskomitees, anschliessend an der darauf folgenden Medienkonferenz und heute Abend einigen Wirtschaftsvertretern im Zusammenhang mit den Informationen zum Wirtschaftsförderungskonzept.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass das vorliegende Projekt nicht allen Bürgerinnen und Bürgern gefällt. Es gilt aber zu beachten, dass das Projekt rechtlich verbindlich ist und in einem demokratischen Prozess ausgewählt worden ist. Der Gemeinderat steht weiterhin hinter diesem Projekt. Er will die Hauptziele wie die Entwicklung und die Belebung des Oberdorfes und die Attraktivierung des Dorfplatzes jetzt umsetzen. Wichtig sind ihm folgende Tatsachen: Der Dorfplatz verschwindet nicht. Die nutzbare Fläche bleibt unverändert und als wichtiger Vorteil - der Dorfplatz wird verkehrsfrei. Es scheint ihm oft, dass es eher ein Parkplatz als ein Dorfplatz ist.

Der Investor und Partner beteiligt sich an den Kosten der Neugestaltung des Dorfplatzes und baut auf seine Rechnung eine öffentliche Einstellhalle. Im Weiteren hat der Regierungsrat die eingegangenen Einsprachen entweder als nicht legitimiert bezeichnet oder abgelehnt. Das Projekt scheint, mindestens erstinstanzlich, rechtlich in Ordnung zu sein. Die Personen, welche Einsprache gemacht haben und als legitimiert sind bezeichnet worden, können die Beschwerde im ordentlichen Bauverfahren weiterziehen. Neun von zehn Personen sind dem nachgekommen und haben bei der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion Beschwerde eingereicht.

Zusammenfassend beantwortet der Gemeinderat die Petition (Bittschrift) wie folgt: Er unterstützt weiterhin das Bauvorhaben, er will das Grundstück Dorfplatz verkaufen, er führt keine Konsultativabstimmung durch und ist nicht bereit, den Kaufvertrag offen zu legen.

Alle Ratsmitglieder erhalten die Medienmitteilung, welche heute an der Medienkonferenz verteilt wurde. Weitere Detailinformationen können dort entnommen werden.

#### 71.12 Versicherungsschutz für Feuerwehr- und ZS-Angehörige

Gemeinderat Jürg Marti informiert, dass im Zusammenhang mit der Behandlung des Feuerwehrreglementes am 30. November 2007 mittels eines Antrags gefordert wurde, die Art und Höhe der Versicherungsleistung zu prüfen und den Versicherungsschutz bei Krankheit, Unfall, Invalidität und Todesfall und die gesetzliche Haftpflicht für Feuerwehr- und Zivilschutzangehörige der Gemeinde Steffisburg zu optimieren bzw. zu konkretisieren. Das Feuerwehrreglement wurde entsprechend angepasst und die Betroffenen sind mittels eines Merkblattes informiert worden.

## **72 25.210.000 FINANZPLANUNG**

### **Finanzen; Finanzplan 2009 – 2013; Kenntnisnahme**

#### **Grundlage / Beilage (bereits mit Vorausversand vom 16.09.2008 zugestellt)**

- Finanzplan 2009 – 2013

#### **Bericht des Gemeinderates**

Der Gemeinderat hat den vorliegenden Finanzplan 2009 – 2013 an der Sitzung vom 25. August 2008 genehmigt. Bezüglich der Einzelheiten kann auf den Finanzplan verwiesen werden. Herr Gemeinderat Stephan Spycher, Departementsvorsteher Finanzen, wird an der GGR-Sitzung vom 17. Oktober 2008 ergänzende Erklärungen zum Finanzplan abgeben.

Nach Artikel 58 Ziffer 1 a der Gemeindeordnung beschliesst der Gemeinderat über den Finanzplan. Gemäss Artikel 18 der Gemeindeordnung stellt der Finanzplan die Entwicklung des Finanzhaushalts der nächsten fünf Jahre dar. Er ist behördenverbindlich. Der Gemeinderat passt den Finanzplan den neuen Verhältnissen an und unterbreitet ihn jährlich dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme. Er informiert die Öffentlichkeit jährlich über die wichtigsten Erkenntnisse.

Obschon der Finanzplan dem Grossen Gemeinderat zur Kenntnisnahme vorgelegt wird, können gemäss bisheriger Praxis aus der Mitte des Rates Anträge gestellt werden.

Die Anträge werden durch den Gemeinderat zur Prüfung entgegengenommen, sofern sie durch die Mehrheit des Grossen Gemeinderates angenommen werden. Über deren Erledigung wird der Grosse Gemeinderat an einer späteren Sitzung informiert.

Der Finanzplan stellt im Zeitpunkt der Erarbeitung eine Momentaufnahme dar und ist als rollende Planung zu verstehen. Viele Zahlen beruhen auf Schätzungen und unvorhergesehene Ereignisse sind nicht planbar und können die Prioritätensetzung beeinflussen. Es ist daher durchaus möglich, dass die effektiven Kosten für die Ausführungsprojekte von den Zahlen im Finanzplan abweichen können.

Der Gemeinderat bittet den Grossen Gemeinderat, vom Finanzplan 2009 – 2013 Kenntnis zu nehmen.

### **Antrag der FDP-Fraktion betr. der Einhaltung der finanzpolitischen Ziele (steuerfinanzierte Investitionen) vom 19.10.2007**

An der GGR-Sitzung vom 19.10.2007 wurde nachstehender Antrag der FDP-Fraktion mit 22 zu 9 Stimmen angenommen: „Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie das Investitionsprogramm angepasst werden kann, damit dieses spätestens für die nächste 5-Jahres-Periode 2008 – 2012 wiederum den gemeinderätlichen finanzpolitischen Zielsetzungen entspricht, d.h. die steuerfinanzierten Investitionen dem vorgegebenen Wert von max. Fr. 18,5 Mio. nicht übersteigen.“

### **Stellungnahme Gemeinderat**

Der Gemeinderat hat das Anliegen geprüft und ist bestrebt, die finanzpolitischen Zielsetzungen einzuhalten. Somit kann der Antrag bzw. das „unechte“ Postulat als erfüllt abgeschrieben werden.

### **Behandlung**

Gemeinderat Stephan Spycher erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Protokollbeilage) den Finanzplan 2009 - 2013. Ergänzend werden folgende wesentliche Aussagen von Gemeinderat Stephan Spycher festgehalten:

#### Finanzplan 2009 - 2013

##### Allgemeines

Wie bereits anlässlich der Präsentation der Rechnung 2007 dargelegt wurde, sollen die Jahre 2009 bis 2013 – nach abgeschlossener Gesundungsphase – der Stärkung der Gemeindefinanzen gewidmet sein. Der Gemeinderat freut sich, dem Grossen Gemeinderat wie auch den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern erstmals seit vielen Jahren einen positiven Voranschlag vorlegen zu können.

##### Grundsatzbeschlüsse des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat im Juni des laufenden Jahres die Ziffer 1.3 – 1.5 des Finanzplanes, d.h. die langfristigen Planungsziele und Massnahmen umfassend diskutiert, und zwar losgelöst von der Gesamtüberprüfung der Finanzgrundlagen. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat die entsprechenden drei Grundsatzbeschlüsse gefasst (siehe Folie).

##### Finanzplan – langfristige finanzpolitische Ziele

Der Gemeinderat ist bestrebt, die Schulden auf 25 Millionen Franken zu senken. Diese Beurteilung hat der Gemeinderat einerseits aufgrund der aktuellen Verschuldungssituation und bezüglich den Perspektiven, wie die Schulden abgebaut werden können, gemacht. Andererseits hat der Gemeinderat die Zahl von 25 Millionen Franken nicht aus der Luft gegriffen. Dieser Betrag hat einen konkreten Zusammenhang mit den Vermögenswerten. Denn vor ungefähr sieben Jahren wurde über den Verkauf der NetZulg AG diskutiert. Die BKW reichte damals eine Offerte von ca. 25 Millionen Franken ein, um die NetZulg AG zu kaufen. Dieses Werk ist ein Vermögenswert, welcher andere Gemeinden nicht haben. Die Gemeinde kann sich erlauben, diesen zusätzlichen Vermögenswert mit Fremdkapital zu finanzieren.

Das Fremdkapital von 25 Millionen Franken soll sich gegenüber dem Vermögenswert der NetZulug AG aufheben. Der Gemeinderat hat sich zum Ziel gesetzt, dass die Gemeinde „schuldenfrei“ sein soll. Mit einer 25 Millionen Franken Verschuldung ist sie in dem Sinne, mit diesem zusätzlichen Vermögenswert der NetZulug AG, schuldenfrei. Der jährliche Ertrag der NetZulug AG bewegt sich zwischen 1,1 bis 1,2 Millionen Franken. Dieser Ertrag ist genügend, um ein Fremdkapital von 25 Millionen Franken zu verzinsen.

### Stabile Steueranlage

Gemeinderat Stephan Spycher präzisiert, dass eine Steuererhöhung nur in Frage käme, wenn es sonst keinen anderen Weg mehr geben würde. Eine Steuersenkung kommt indessen nur in Frage, wenn alle Ziele erreicht worden sind. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass mit einem Eigenkapital von 8 Millionen Franken eine genügende Reserve vorhanden ist, welche es zulässt, auch einmal etwas schlechtere Zeiten zu durchleben, ohne dabei auf die Steueranlage zu schieben.

### Finanzplan – finanzpolitische Ziele in der Planungsperiode

Der Gemeinderat erachtete die Finanzplanung des vergangenen Jahres mit einem Selbstfinanzierungsgrad (SFG) von 110 % als korrekt, jedoch steigend bis auf 120 % bis ins Jahr 2013. Jährlich werden Investitionen in der Höhe von ca. 4,5 Millionen Franken getätigt. Diese Investitionen entsprechen auch dem Plafond, welcher der Gemeinderat vorgibt. In der Höhe dieses Betrages werden auch jährlich Abschreibungen vorgenommen. Abschreibungen und Investitionen sollten sich ungefähr decken. Wenn bei ausgeglichenen Abschreibungen und Investitionen ein Selbstfinanzierungsgrad von 110 % erreicht werden will, so benötigt es 10 % mehr, ausmachend ca. Fr. 500'000.00. Somit müsste es möglich sein, aus der laufenden Rechnung rund eine halbe Million Franken, nebst den anderen Massnahmen, abzubauen. Der Gemeinderat will sich keine unrealistischen Ziele setzen und hat deshalb das zusätzliche Wachstum dieses Selbstfinanzierungsgrads plafoniert, und zwar auf über 110 %, dafür über die ganze Planungsperiode und jeweils jedes Jahr.

Bezüglich der Schulden kann eine kleine Differenz festgestellt werden. Bisher wurden die Schulden bis Ende 2010 auf 31 Millionen Franken prognostiziert. Aufgrund der Entwicklung sollen diese auf unter 30 Millionen Franken sinken.

### Massnahmen

Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller hat vorgängig über das Projekt der Schulsozialarbeit, welches geplant aber noch nicht in der Ausführung ist, orientiert. Stephan Spycher hat dem Gemeinderat klar gesagt, dass dieses Projekt mit einer Stellenschaffung von 1,75 nicht den finanziellen Zielsetzungen und Massnahmen, wie diese der Gemeinderat beschlossen hat, entspricht. Er hat den Gemeinderat darüber informiert, dass er seine Meinung öffentlich kundtun wird.

Stephan Spycher teilt zum Verkauf der Wertschriften mit, dass diese nicht um jeden Preis verkauft werden. Aufgrund der herrschenden Finanzlage ist zuwarten angesagt.

### Investitionsplan 2008 – 2013

#### Nettoinvestitionen 2008 - 2013

Gemeinderat Stephan Spycher gibt bekannt, dass der Gemeinderat jeweils anfangs Jahr die Grenzen der Nettoinvestitionen im steuer- und gebührenfinanzierten Haushalt vorgibt. Vor allem ist der steuerfinanzierte Haushalt massgebend, da sich dieser direkt auf die Rechnung auswirkt.

Der Gemeinderat hat, gestützt auf das „unechte Postulat“ geprüft, wie die Weisungen konkretisiert werden können. Er hat sich entschieden, den Verwaltungen für die Zeitperiode 2008 – 2012 viel klarere und eingeschränktere Vorgaben im finanziellen Bereich zu machen, d.h. wie viel sie in den einzelnen Positionen ausschöpfen dürfen. Diese Massnahme hat sich bereits positiv ausgewirkt und der entsprechende Erfolg hat sich eingestellt.



## Steuerfinanzierte Nettoinvestitionen – Vergleich

Der Investitionsvergleich 2007 – 2012 zeigt die bereits mehrmals angesprochene Bug-Welle an. Der Gemeinderat ist bestrebt, diese Welle auszunivellieren, d.h. die Investitionen ausgeglichener zu verteilen.

## Stellungnahme AGPK

Die Präsidentin der AGPK, Isabelle Bühler, informiert, dass sich die AGPK intensiv mit dem Finanzplan auseinandergesetzt hat und diesen mit 7 zu 0 Stimmen zur Kenntnis genommen hat. Die gesteckten Zielsetzungen sind realistisch und sinnvoll. Diese werden auch konsequent verfolgt. Die AGPK ist der Meinung, dass die Finanzen auf guten Wegen sind. Es müssen aber nun alle darauf achten, dass dieser Weg weiterverfolgt wird. Verschiedene Fragen der AGPK wurden durch Gemeinderat Stephan Spycher und Finanzverwalterin Monika Finger kompetent beantwortet. Eine Frage war, wie realistisch der vorliegende Finanzplan mit der zurzeit herrschenden Finanzkrise ist. Die Antwort dazu war, dass der Finanzplan ein längerfristiges Instrument ist und jedes Jahr entsprechend angepasst wird. Ausserdem hat Steffisburg relativ wenig juristische Personen, welche ein grösseres Risiko darstellen würden.

Der Vorsitzende gibt Informationen zum weiteren Vorgehen bekannt: Grundsätzlich nimmt der Grosse Gemeinderat vom Finanzplan nur Kenntnis. Dieses Jahr hat der Rat aber nochmals die Möglichkeit, Anträge zu stellen. Wird ein Antrag von der Mehrheit des Parlaments gutgeheissen, nimmt der Gemeinderat diesen Antrag als „Postulat“ entgegen. Diese Handhabung ist zwar ein Widerspruch, denn ein Postulat muss schriftlich eingereicht werden. Nächstes Jahr wird diese Vorgehensweise nicht mehr möglich sein.

## Eintreten

Beat Wegmann teilt mit, dass die letzten Jahre mit den ausserordentlichen Erträgen zur Gesundung der Finanzen massgebend beigetragen haben. Die gesetzten Ziele sind aber noch nicht ganz erreicht. Es liegt in der Verantwortung des Gemeinderates und des Grossen Gemeinderates, dieses Ziel weiterzuverfolgen und die Verbesserung und die Stärkung der Finanzsituation konsequent weiterzuführen. Das heisst, der Investitionsplan ist einzuhalten, die Schulden sind weiter abzubauen und es ist darauf zu achten, dass aus der verbesserten Situation keine Begehrlichkeiten entstehen, welche die bisherigen Anstrengungen zunichte machen. Sehr wichtig ist, die definierten Massnahmen konsequent umzusetzen, denn auf Papier nützen sie nichts. Mit dem vorliegenden Finanzplan und mit der prognostizierten Entwicklung der Gemeinde Steffisburg ist die FDP-Fraktion einverstanden. Die FDP-Fraktion erklärt sich somit für das Eintreten.

Der Vorsitzende stellt fest, dass das Eintreten nicht bestritten wird.

## Detailberatung

Der Vorsitzende gibt das Vorgehen bekannt. Der Finanzplan 2009 – 2013 wird kapitelweise beraten.

### 1. Allgemeines, Zielsetzungen / Seiten 3 – 5

Peter Jordi bemerkt im Namen der SP-Fraktion zu Seite 5: Gibt es plötzlich Bedarf von zusätzlichem Personal, befürchtet sie, dass bei den bisherigen Mitarbeitenden angefangen wird zu sparen und möglicherweise die Teuerung nicht mehr ausgeglichen wird oder allfällige Lohnerhöhungen ausbleiben.

Gemeinderat Stephan Spycher erläutert, dass der Gemeinderat sich dazu die Überlegung gemacht hat, dass in der Verwaltung dauernd Effizienzgewinne durch die voranschreitende Technologisierung erzielt werden können. Mehrbelastungen können so aufgefangen werden. Es besteht immer die Möglichkeit, für neue Aufgaben neue Mitarbeitende anzustellen. Auf der Gegenseite muss eine entsprechende Kompensation gemacht werden können.

Hans-Ulrich Grossniklaus hat folgende Bemerkungen zu den finanzpolitischen Zielen auf Seite 3 und 4 – Punkt 1.3: Er findet es schade, dass der Gemeinderat die mittel- und langfristigen Schulden so stark heruntersetzt. 30 Millionen Franken statt 25 Millionen Franken hätten genügt. Punkt 1.4: Er findet es ebenfalls schade, dass der Gemeinderat die mittelfristigen Schulden von 37,8 Millionen Franken auf 30 Millionen Franken senken will. 35 Millionen Franken wären angebracht gewesen. Es handelt sich schliesslich um eine Finanzplanung und nicht um feststehende Tatsachen. Mit den zwei Korrekturen würde erreicht, dass die Steueranlage bis Ende der Planungsperiode nicht auf 1.68 Einheiten zu belassen, sondern diese bereits auf 2009 moderat zu senken. Aus seiner Sicht ist auch nicht nötig, alle Wertschriften zu verkaufen. Es besteht aber nun die Möglichkeit, beim anschliessenden Traktandum der Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung 2009“ zuzustimmen.

Der Umstand, dass der Gemeinderat nicht beantragt, die Steuern zu senken, ist vor allem zu begründen, dass die Finanzkennziffern von Steffisburg nicht den Werten entsprechen, welche zum Ziel, dem kantonalen Mittel, gesetzt wurden, so Stephan Spycher. Dies hat nur sehr bedingt mit der Verschuldungssituation etwas zu tun. Zudem haben Erfahrungen gezeigt, wie einschränkend und einschneidend eine Verschuldungssituation ist, wie sehr dies der Handlungsspielraum einer Gemeinde beeinträchtigt. Wenn schon der beschwerliche Weg in Angriff genommen wurde, sollte dieser zu Ende gegangen werden, denn das Ziel ist in Sichtweite. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass das Endergebnis des zusätzlichen Schuldenabbaus, umso mehr Handlungsspielraum in der Laufenden Rechnung bringen wird.

#### 1. Allgemeines, Zielsetzungen / 1.6 Motion SVP „Steuersenkung ab 2009“ / Seite 6

Diese Thematik wird beim anschliessenden Traktandum behandelt, so Peter Maurer.

#### 2. Finanzielle Entwicklung in den letzten Jahren / Seite 7

Kein Kommentar.

#### 3. Prognose der Laufenden Rechnung / Seite 8 – 12

Kein Kommentar.

#### 4. Investitionen / Seiten 13 – 14

Kein Kommentar.

#### 5. Spezialfinanzierungen / Seiten 15 – 16

Kein Kommentar.

#### 6. Gesamtergebnis / Seiten 17 – 22

Kein Kommentar.

#### 7. Schlussfolgerungen / Seiten 23 – 24

Kein Kommentar.

#### Anhang I – Haupttabellen / Seiten 25 – 39

Kein Kommentar.

#### Anhang II – Investitionsprogramm / Seiten 40 – 51

Claudia Schanz, SP, bemerkt zu Seite 43 (Schulliegenschaften) Folgendes: Sie hat das Gefühl, dass die Pausenplatzgestaltung von Jahr zu Jahr zurückgestellt wird. Es ist ihr ein Anliegen, dass diesbezüglich Massnahmen ergriffen werden. Die SP-Fraktion wird heute Abend einen entsprechenden Vorstoss betr. Pausenplatzgestaltung einreichen.

Gemeinderat Stephan Spycher erläutert, dass das Ressort Bildung von den plafonierten 18,5 Millionen Franken 50 % beansprucht. Die Gemeinde investiert somit sehr viel in die Schulliegenschaften. Es ist deshalb verständlich, dass Prioritäten gesetzt werden müssen. Die Prioritätensetzung kann in der dritten Kolonne entnommen werden (A / B / C und Nummer). Die Priorität bei den Pausenplätzen ist ein C2. Die Prioritätensetzung kommt aus der entsprechenden Abteilung. Der Gemeinderat beurteilt diese Angabe. Aufgrund dieser Prioritätensetzung gibt es dringenderes als die Pausenplatzgestaltung. Er will aber damit nicht sagen, dass dieses Anliegen nicht dringend ist.

Anhang III – Prognoseannahme, Finanz-/Lastenausgleich / Seiten 52 – 54

Keine Wortmeldungen.

Wortmeldungen zum „unechten Postulat“

Gemeinderat Stephan Spycher beantragt, das unechte Postulat als erfüllt abzuschreiben, denn das Anliegen wurde umgesetzt.

Michael Riesen, Erstunterzeichner des „unechten Postulates“ dankt dafür, dass das Anliegen ernst genommen und entsprechend umgesetzt wurde. Die FDP-Fraktion freut's, dass es etwas bewirkt hat. Es ist wichtig und die Voraussetzung dazu, dass die Investitionen eingehalten und der Gemeinderat die finanzpolitischen Ziele, welche Stephan Spycher erläutert hat, erreicht werden können. Michael Riesen erwartet, dass weiterhin so gearbeitet wird. Er ist aber der Ansicht, dass nicht immer voll ausgeschöpft werden muss. Es liegt durchaus drin, zwischendurch ein bisschen darunter zu liegen, um einen finanziellen Handlungsspielraum zu gewinnen. Diese Anliegen betrifft auch die einzelnen Abteilungen.

**Schlussabstimmung über „unechtes Postulat“ / Kenntnisnahme Finanzplan 2009 - 2013**

Einstimmig fasst der Rat folgende

## **Beschlüsse**

### **1. „Unechtes“ Postulat der FDP-Fraktion vom 19.10.2007**

- 1.1 Das „unechte“ Postulat der FDP-Fraktion betr. der Einhaltung der finanzpolitischen Ziele (steuerfinanzierte Investitionen) vom 19.10.2007 wird als erfüllt abgeschrieben.
- 1.2 Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
- 1.3 Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Herrn Gemeinderat Stephan Spycher
  - Finanzen
  - Präsidiales (Archiv-Nr. 10.061.002)

### **2. Kenntnisnahme Finanzplan 2009 – 2013 (ohne Abstimmung)**

- 2.1 Der Grosse Gemeinderat von Steffisburg, gestützt auf Artikel 18 Ziffer 2 der Gemeindeordnung vom 3. März 2002, nimmt vom Finanzplan 2009 – 2013 Kenntnis.

## 73 10.061.001 Motionen

### Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung ab 2009“ (2008/12); Behandlung

#### **Inhalt des Vorstosses**

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 25. April 2008 reichte die SVP-Fraktion eine Motion mit folgendem Begehren ein: „Der Gemeinderat senkt ab 2009 die heutige Steueranlage von 1,68 Einheiten auf eine von ihm festzulegende Steueranlage mit dem Ziel, weiterhin ein ausgeglichenes Jahresergebnis zu erzielen und gleichzeitig die Schulden nicht weiter ansteigen zu lassen.“

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 28. April 2008 die Motion der Abteilung Finanzen zur Stellungnahme zugewiesen.

Der Leitende Ausschuss hat auf Antrag des Gemeinderates beschlossen, die Behandlungsfrist bis Ende Oktober 2008 zu verlängern, damit die Motion zusammen mit dem Finanzplan bzw. dem Voranschlag 2009 behandelt werden kann.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Der Gemeinderat hat sich mit dem Thema Steuersenkung anlässlich einer Strategiesitzung und unter Einbezug einer ersten Hochrechnung des Finanzplans intensiv auseinandergesetzt. Dabei ist der Gemeinderat zur Auffassung gelangt, dass die Steuern im heutigen Zeitpunkt nicht gesenkt werden können. Der Gemeinderat beantragt aus folgenden Gründen, die Motion abzulehnen:

- Ungenügende ordentliche Leistungsfähigkeit bzw. ungenügender Selbstfinanzierungsanteil;
- Effektive Ertragsausfälle aufgrund der Steuergesetzrevision noch nicht bekannt;
- Auswirkungen aufgrund Revision Finanz- und Lastenausgleichsgesetz noch zu wenig bekannt. Tendenziell ist von einer Belastung auszugehen;
- Die Zinsen für Fremdkapital sollen weiter gesenkt werden. Es ist davon auszugehen, dass Refinanzierungen zu einem höheren Zinssatz erfolgen müssen, als die Gemeinde heute bezahlt;
- Die einmaligen Verkäufe des Finanzvermögens (Aktien, Grundstücke) sollen nachhaltig genutzt werden.

Es ist auch der Exekutive ein Anliegen, steuersenkungsfähig zu werden. Doch der Gemeinderat will zuerst die finanzielle Situation der Gemeinde stärken, so insbesondere die mittel- und langfristigen Schulden nochmals deutlich abbauen (der Finanzplan 2009 – 2013 zeigt auf, dass ein Abbau der Schulden bis auf ca. Fr. 25 Mio. im Jahr 2013 möglich ist). Erst danach will der Gemeinderat die Diskussion darüber führen, welche Konsequenzen die neu gewonnene Handlungsfähigkeit haben soll. Eine Steuersenkung kann dann ein mögliches Szenario sein. Die politische Diskussion wird aber erst in jenem Zeitpunkt zeigen, ob die Steuern tatsächlich abgebaut werden sollen oder ob der Bürger, mit gleicher steuerlicher Belastung, mehr Leistungen von der Gemeinde erhält. Im Weiteren wird auf den ausführlichen Kommentar zum Finanzplan 2009 – 2013 verwiesen.

#### **Behandlung**

Gemeinderat Stephan Spycher nimmt anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Protokollbeilage) zu diesem Geschäft Stellung. Ergänzend werden folgende wesentliche Aussagen festgehalten:

Gemeinderat Stephan Spycher teilt mit, dass schlussendlich nicht der Gemeinderat, sondern die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Steueranlage entscheiden. Der Gemeinderat stellt in dem Sinne nur den Antrag. Der Gemeinderat hält nach wie vor an der Steueranlage von 1,68 Einheiten (bisheriger Steuerfuss) fest.

Sollte die Motion „Steuersenkung ab 2009“ bejaht werden, heisst das nicht unbedingt, dass der Gemeinderat einen anderen Antrag stellt. Die Motion kann dem Gemeinderat nicht befehlen, was er für einen Antrag zu stellen hat. Höchstwahrscheinlich würde der Gemeinderat aber prüfen und beraten, was diesbezüglich gemacht werden könnte. Jedoch ist es nicht zwingend.

Die Priorität des Gemeinderates ist der Schuldenabbau. Ebenso ist es ein Ziel des Gemeinderates, die Schulden nicht wieder ansteigen zu lassen. Diesbezüglich bestehen bei den Zielsetzungen der Motionäre und des Gemeinderates unterschiedliche Ansichten zur Motion.

Gemeinderat Stephan Spycher betont, dass der Gemeinderat zuerst die Stärkungsphase der Finanzen abschliessen und neuen Handlungsspielraum gewinnen will. Erst danach kann über eine Verteilung dessen diskutiert werden. Im Namen des Gemeinderates bittet er deshalb die Ratsmitglieder, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Motion abzulehnen.

#### Stellungnahme AGPK

Die Präsidentin der AGPK, Isabelle Bühler, orientiert, dass die AGPK nach intensiver Diskussion die Motion mit 5 zu 2 Stimmen abgelehnt hat. Die AGPK ist der Meinung, dass der eingeschlagene Finanz-Weg weiterverfolgt werden soll. Eine Mehrheit der AGPK-Mitglieder kam zum Schluss, dass die konsequente Verfolgung der Finanzziele keine merklichen Steuersenkungen zulässt. Im Moment kann sich Steffisburg keine Steuersenkung erlauben, wobei dem Bürger ein merklicher Betrag ins Portemonnaie gelegt würde. Tatsache ist, dass die kommende kantonale Steuersenkung dem Bürger viel mehr bringt als eine vertretbare Senkung der Gemeindesteuern. Dieser Fakt hat die Mehrheit der AGPK bewegt, die Motion abzulehnen.

Der Erstunterzeichner, Ulrich Berger, erläutert, dass er vor rund zwölf Jahren mit Gleichgesinnten in einem Komitee mitgemacht hat, welches eine Steuererhöhung verhindern wollte. Es ging damals in vier Anläufen darum, die Steuern in Steffisburg zu erhöhen. Am Schluss dieser Aktion wurden sie als verantwortungslose Oppositionspolitiker dargestellt. Es wurde ihnen unter anderem vorgeworfen, dass all ihre Forderungen unrealistisch seien, die ganze Übung absurd und unmöglich sei. Nach unveränderter Steueranlage nach zwölf Jahren, die Steueranlage wurde damals nicht erhöht, herrscht heute folgende Situation: Jährlich konnten laufend Investitionen getätigt werden. Die mittel- und langfristigen Schulden sind seit 2002 von 49,3 Millionen Franken auf aktuell 37,8 Millionen Franken reduziert worden. In den vergangenen Jahren konnten positive Jahresabschlüsse realisiert werden. Die Finanzkennzahlen von Steffisburg konnten ebenfalls verbessert werden. Per 1. Januar 2008 betrug das Eigenkapital 8,267 Millionen Franken. Der Blick in die Vergangenheit lohnt sich, um die Gegenwart verstehen zu können. Die Gegenwart sieht aus mehrheitlicher Sicht der SVP-Fraktion wie folgt aus: Steffisburg steht finanziell wesentlich besser da als 1996 und dies obwohl die Steueranlage dazumal nicht erhöht worden ist. Wären die Steuern damals erhöht worden, wäre heute kein Franken mehr in der Kasse, sagt Ulrich Berger überzeugt.

Ulrich Berger bemerkt, dass der Gemeinderat Talent hat, den Ratsmitgliedern ein A für ein O vorzumachen. Über die Jahre 2000 bis 2007 wurden oftmals negative Voranschläge und positive Rechnungsabschlüsse präsentiert. Wird die Differenz zwischen den Budgetbeträgen und den Rechnungsergebnissen während dieser Jahren zusammengezählt, ergibt dies eine Summe von 14,5 Millionen Franken. Pro Jahr ergibt dies durchschnittlich von 1,8 Millionen Franken, was mehr als einem Steuerzehntel entspricht. Um diesen Steuerzehntel könnten die Steuern somit gesenkt werden. Bei den Debatten um die Gemeindefinanzen in den letzten Jahren war immer die Rede, dass die Zitrone ausgepresst sei. Ulrich Berger entgegnet jedoch, dass die Zitrone recht saftig ist.

Er unterstreicht, dass seine Kritik kein Vorwurf an den Gemeinderat darstellt und diesbezüglich keine Misswirtschaft betrieben wurde. Der Grosse Gemeinderat hat die Voranschläge und Rechnungsergebnisse schlussendlich immer genehmigt. Ulrich Berger ist der Auffassung, dass deshalb ein Kurswechsel fällig ist. Die SVP-Fraktion ist mit den Finanzziele, wie sie vom Gemeinderat formuliert worden sind, grundsätzlich einverstanden. Nur sollte die Bevölkerung von Steffisburg heute und jetzt profitieren können. Die Fraktion ist der Auffassung, dass jetzt ein Marschhalt eingelegt werden sollte und nicht erst in fünf Jahren. In einigen Jahren können die finanzpolitischen Ziele neu definiert und fixiert werden. Ebenso die nächste Generation sollte helfen, zu sparen. Die SVP-Fraktion geht davon aus, dass der Gemeinderat klare Prioritäten setzt und eine Verzichtsplannung vorlegt. In der Vorlage des Gemeinderates kann bereits heute festgelegt werden, wann allfällig die Steuern wieder angepasst werden sollten oder ob es dafür eine zeitliche Beschränkung geben soll. Für Oel, Benzin, Strom, Krankenkasse etc. muss heute und künftig z.T. massiv mehr bezahlt werden. Diesbezüglich kann praktisch kein Einfluss genommen werden, ausser es wird weniger konsumiert. Zu den Steuern von Steffisburg kann aber Einfluss genommen werden.

Zu all dem, was Ulrich Berger sagte, hat er eine Umfrage bezüglich der vorliegenden Motion – mit genauer Erläuterung des Motionstextes – durchgeführt. Von 100 befragten Personen sind 76 dafür, die Steuern zu senken, 15 haben sich enthalten und 9 sind gegen eine Steuerersenkung. Die Ratsmitglieder, als Interessensvertreter der Steffisburger, sollten den Mut haben, sich für die Mehrheit der Bevölkerung einzusetzen. Es ist umso mehr erforderlich, dieses Anliegen wahrzunehmen. Er stellt diesbezüglich fest, dass der Gemeinderat zu unternehmerisch denkt und zu wenig flexibel handelt, was heute in der Wirtschaft absolut unabdingbar ist. Die aktuell herrschende Finanzkrise hat nach Ansicht der SVP-Fraktion keinen Einfluss auf das Jahr 2009 für Steffisburg. Ebenso werden die Einkommensteuern im Jahr 2009 durch die Finanzsituation nicht tangiert. Die Gemeinden Lyss und Zollikofen, der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern haben diese Woche positive Signale für eine sofortige Steuerersenkung gegeben. Es sollte nicht nur von Risiken, sondern auch von Chancen gesprochen werden und diese sollten ins Auge gefasst werden. Ulrich Berger fordert die Ratsmitglieder auf, den Mut zu haben, auf 2009 eine Steuerersenkung einzuführen, und zwar im Sinne und zum Wohle der Bevölkerung von Steffisburg.

Es ist ein Ziel der FDP-Fraktion, dass Steffisburg zu den attraktivsten Gemeinden der Region gehört, so Beat Wegmann. Eine tiefe Steueranlage ist sicher ein Teil dieser Attraktivität. Eine Senkung kommt für die Fraktion erst in Frage, wenn die Grundlagen zeigen, dass die Aufgaben der Gemeinde mit einem tieferen Steuereinkommen noch erfüllt werden können und eine Senkung der Steueranlage kein Schnellschuss ist, welche in wenigen Jahren wieder korrigiert werden muss. Zudem muss bei einer Steuerersenkung mindestens von einem Steuerzehntel gesprochen werden können. Eine Senkung in diesem Umfang ist aber nicht tragbar und kann nicht eingegangen werden. Im Finanzplan sind klare Ziele definiert. Der Grosse Gemeinderat hat sich dafür ausgesprochen und dieser Weg sollte nun nicht kurz vor dem Ziel verlassen werden. Somit lehnt die FDP-Fraktion die Motion im heutigen Zeitpunkt ab. Sie reicht aber heute Abend ein Postulat mit dem Titel „Attraktive Steuern für Steffisburg“ ein. In diesem Postulat wird der Gemeinderat beauftragt, im nächsten Finanzplan 2009 – 2014 zu prüfen, ob eine Steueranlage ab dem Jahr 2011 um mindestens einen Steuerzehntel und die Liegenschaftssteuer auf 1,0 Promille gesenkt werden kann. Nach heutiger Planung sollten die Ziele bis Ende 2010 weitestgehend erreicht worden sein. Dies gäbe ab 2011 die Möglichkeit, die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in diesem Umfang zu entlasten. Es wäre sehr begrüssenswert, wenn sich die Motionäre und die SVP für diesen Weg entscheiden könnten.

Niemand zahlt wohl gerne Steuern, so Peter Jordi. Wenn er die Finanzsituation von Steffisburg nicht kennen würde, hätte er bei Ulrich Bergers Umfrage wohl auch für eine Steuerersenkung plädiert. Die SP-Fraktion will eine leistungsfähige Gemeinde und eine leistungsfähige Gemeindeverwaltung. Die SP-Fraktion spricht sich dafür aus, dass der heutige, immer noch sehr kleine, Handlungsspielraum zumindest bestehen bleiben soll. Würden die Steuern gesenkt, hätte dies ein Leistungsabbau zur Folge und ginge schlussendlich wieder zu Lasten des Bürgers. Die SP-Fraktion ist der Meinung, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Steuern nicht gesenkt werden dürfen und lehnt somit die Motion ab.

Samuel Wäfler fragt sich, was den Bürgerinnen und Bürgern eine Steuerersenkung bringt. Anhand eines Beispiels, welches Gemeinderat Stephan Spycher zeigte, macht eine Senkung der Steueranlage um 0,01 bei einem „guten Steuerzahler“ Fr. 36.00 aus. Die EVP/EDU-Fraktion ist der Meinung, dass es besser ist, von einer Steuerersenkung abzusehen und dafür später, wenn sich die Kassen erholt haben, mehr profitiert werden kann. Die EVP/EDU-Fraktion lehnt deshalb die Motion ebenfalls ab.

Thomas Schweizer, EVP, glaubt nicht, dass der Gemeinderat und der Grosse Gemeinderat vor rund 15 Jahren absichtlich und vorsätzlich zu viel Geld ausgegeben haben. In den 90er Jahren herrschte eine Wirtschaftssituation, welche sich schwerwiegend ausgewirkt hat, und zwar bis hin zu den Gemeinden. Löhne sind nicht mehr gestiegen wie im Mass vorher, es hatte mehr Arbeitslose, im Zusammenhang mit dem vermehrtem Druck am Arbeitsplatz gab es mehr Sozialbezüger etc. Es ist ein ganzes Netzwerk wie die Gemeinde mit der Einkommenssituation der Gemeindebürgerinnen und Gemeindebürger verknüpft ist. Wird die Weltsituation beobachtet, wird es eine Abkühlung der Konjunktur geben. Dies wird sich innerhalb von drei bis vier Jahren aufs Portemonnaie (Lohnempfänger) auswirken. Ebenfalls auf die Arbeitslosigkeit und das Sozialwesen. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass diesbezüglich mehr Geld verwendet wird. Thomas Schweizer findet es verantwortungslos, in dieser Situation, in welcher eine Veränderung und eine Mitbetroffenheit stattfinden, von einer Steuerersenkung zu sprechen.

Hans-Ulrich Grossniklaus stellt fest, dass die Debatte zeigt, dass es für eine Steuersenkung nie den richtigen Zeitpunkt gibt. Vor allem in erster Linie für eine Exekutive. Glücklicherweise gibt es, im Gegensatz zu anderen politischen Einrichtungen mit völlig undemokratischen Systemen, in Steffisburg griffige und demokratische Kontrollinstrumente, und zwar das Parlament und die Bürger. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zeigten in den vergangenen Jahren immer ein gutes Gespür für die Definition des Steuerfusses. Er ist der Ansicht, dass in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten mit einer Steuersenkung die Konjunktur gefördert wird. Hans-Ulrich Grossniklaus fordert die Ratsmitglieder auf, der Motion zuzustimmen, denn sie führt zum Ziel.

Gemeinderat Stephan Spycher teilt mit, dass er und der Gemeinderat Verständnis für die bestehenden Anliegen haben. Der Gemeinderat hat bezüglich einer Steuersenkung eine andere Auffassung, aber die Auffassung ist eher in zeitlicher Hinsicht different als diese grundsätzlich different ist.

Er bezieht sich auf die Forderung von Ulrich Berger - der Bürger soll nun etwas von der finanziellen Entlastung spüren. Stephan Spycher erklärt, dass die Bürger im möglichen, kleinen Mass nicht viel zu spüren bekämen. In einem späteren Zeitpunkt, nach der Stärkungsphase, wird der Bürger mehr profitieren können. Der Gemeinderat will deshalb die Stärkungsphase der Finanzen weiterführen und zuerst abschliessen. Stephan Spycher betont, dass der Gemeinderat nicht untätig war. Er hat die Abwassergebühren um 25 % reduziert. Dies hat der Bürger direkt und effektiv zu spüren bekommen.

Eine Exekutive hat eher die Tendenz zu sparen, abzuwägen und abzusichern. Das Parlament hat eher den Drang, etwas forscher zu sein, was Gemeinderat Stephan Spycher aber als gute Mischung wertet. Es ist ein Anliegen, dass ein entsprechender Handlungsspielraum gewonnen werden kann. Sein persönliches Anliegen ist zu bestimmen, wo dieser Handlungsspielraum eingesetzt werden kann. Erst nach der erwähnten Gesundungsphase, kann eine Steuersenkung politisch ausdiskutiert werden. Er bittet alle Ratsmitglieder, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen.

### **Schlussabstimmung**

Mit 22 zu 9 fasst der Rat folgenden

#### **Beschluss**

1. Die Motion der SVP-Fraktion betr. „Steuersenkung ab 2009“ (2008/12) wird abgelehnt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Herrn Gemeinderat Stephan Spycher
  - Finanzen
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 25. November 2008, in Kraft.

#### **74 25.220.000 VORANSCHLAG**

**Finanzen; Voranschlag 2009; Steueranlage und Liegenschaftssteueransatz; Genehmigung z.H. Gemeindeabstimmung vom 30.11.2008**

#### **Grundlagen / Beilagen (bereits mit Vorausversand vom 16.09.2008 zugestellt)**

- Voranschlag 2009 (Zahlenteil)
- Botschaftsentwurf zum Voranschlag 2009
- Medienbericht zum Voranschlag 2009 und Finanzplan 2009 - 2013

## **Antrag des Gemeinderates**

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 25. August 2008 Folgendes beschlossen:

1. Der Voranschlag 2009, welcher mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 354'750.00 abschliesst, wird genehmigt.
2. Im Jahr 2009 werden folgende Gemeindesteuern erhoben:
  - 2.1. Auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1,68-fache der gesetzlichen Einheitsansätze.
  - 2.2. Eine Liegenschaftssteuer von 1,2 o/oo der amtlichen Werte.
3. Dieser Beschluss geht als Antrag an den Grossen Gemeinderat (Sitzung vom 17. Oktober 2008).

Als Kommentar zum Voranschlag dient der bereits erhaltene Botschaftsentwurf. An der Sitzung vom 17. Oktober 2008 wird Herr Gemeinderat Stephan Spycher, Vorsteher Abteilung Finanzen, ergänzende Erklärungen zum Voranschlag 2009 abgeben.

Der Gemeinderat beantragt dem Grossen Gemeinderat, den Voranschlag 2009 z.H. der Gemeindeabstimmung vom 30. November 2008 zu genehmigen, und zwar gemäss Beschluss auf Seite 24 des Botschaftsentwurfes.

Wünschen die Stimmberechtigten mehr Informationen als die Botschaft enthält, können interessierte Personen wie bisher bei der Abteilung Finanzen einen detaillierten Voranschlag anfordern (siehe Seite 3 des Botschaftsentwurfes).

## **Behandlung**

Finanzverwalterin Monika Finger nimmt anhand einer Powerpoint-Präsentation (siehe Protokollbeilage) zum Voranschlag 2009 Stellung. Ergänzend werden folgende wesentliche Aussagen festgehalten:

Der Voranschlag 2009 präsentiert sich mit einem Überschuss von rund Fr. 350'000.00. Die Zunahme des Personalaufwandes beträgt 3,3 %. Nach den Finanzplanungszielen hat man das Gefühl, dass das Ziel nicht erfüllt wurde. Im 2009 herrscht diesbezüglich eine spezielle Situation, indem sämtliche öffentlich-rechtliche Körperschaften in der ganzen Schweiz neu dem Familienzulagegesetz unterstellt werden, d.h. es muss neu pro Franken ausbezahlten Lohn 2 % in einen „Topf“ bezahlt werden. Der Betrag wird für die Zahlung der Familienzulagen wieder zurückerstattet. Von der Struktur her muss viel mehr bezahlt werden als vorher, als die Gemeinde noch nicht einer Familienausgleichskasse angeschlossen war. Konkret ist es 1 % von den genannten 2 %, welche den Finanzhaushalt mit Mehrkosten belastet.

2,8 % hat der Gemeinderat für das Lohnsummenwachstum zum Ausgleich der Teuerung und den individuellen Anstieg der Beförderungen eingesetzt. Das Lohnsummenwachstum macht rund 2,3 % auf den gesamten Personalaufwand aus. Nicht jeder Personalaufwand ist teuerungsberechtigt. Die aktuelle aufgelaufene Teuerung ist 1,6 % (November 2007 – September 2008).

Die angestrebte Begrenzung des Sachaufwandes von 1,0 % konnte nicht in allen Bereichen eingehalten werden. Die Zunahme beträgt 4,1 % oder Fr. 362'000.00. Davon entfallen Fr. 114'000.00 auf Energie und Fr. 145'000.00 auf zwingend notwendigen baulichen Unterhalt. Im Vergleich zum Voranschlag 2008 konnten die Ausgaben um Fr. 124'000.00 gesenkt werden. Die steigenden Energiekosten haben nicht nur Auswirkungen auf die direkten, eigenen Energieausgaben, sondern indirekt auch auf den übrigen Sachaufwand. Wird die Energie nicht mitberücksichtigt, ist ein geringeres Wachstum festzustellen.

Die Lastenverteiler werden jedes Jahr angesprochen, da sie ein grosser Teil der Ausgaben ausmachen. Die Lastenverteiler 2009 können nicht mit denjenigen der Vorjahre verglichen werden. Es steht ein grosser Systemwechsel bevor. Die effektive Zunahme beträgt 7,6 %. Das Wachstum der verbleibenden Lastenverteiler beträgt seit 2006 22,4 %.



Sie geht mit Thomas Schweizer einig, dass sich diese Situation in den nächsten Jahren nicht verbessern wird. Die Lastenverteiler haben einen enormen Einfluss auf den Voranschlag einer Gemeinde.

### Steuern

Die Steueranlage von Steffisburg liegt über dem Durchschnitt der Bernischen Gemeinden. Steueranlage von benachbarten Gemeinden (Amt Thun):

- Heimberg	1,55
- Uetendorf	1,53
- Hilterfingen	1,60
- Oberhofen	1,45
- Thierachern	1,64
- Buchholterberg	1,67

Alle anderen Gemeinden im Amt Thun haben momentan die gleiche Steueranlage wie Steffisburg.

### Berechnungsdetails

Harmonisierter Steuerertrag pro Kopf: der gesamte ordentliche Steuerertrag inkl. Liegenschaftssteuern – umgerechnet auf 2,40 (Faktor), geteilt durch die mittlere Wohnbevölkerung (Fr. - 325.00 pro Person).

Harmonisierter Steuerkraftindex (HEI), in der Tabelle erwähnte Zahl in % der durchschnittlichen Steuerkraft im Kanton Bern.

Verhältnis Natürliche Personen : juristische Personen = Total Ertrag natürliche Personen und juristische Personen im Verhältnis zueinander.

### Anteile und Beträge am gesamten Steuerertrag

Steuerertrag natürliche Personen (2007)	Fr. 26,871 Mio.	84 %
Steuerertrag juristische Personen	Fr. 1,651 Mio.	5 %
Liegenschaftssteuern	Fr. 2,575 Mio.	8 %
Grundstückgewinn und Lotterie	Fr. 0,885 Mio.	3 %

### Einkommenssteuerertrag 2006 in Franken und Anzahl Steuerpflichtige

Auf Basis der Gemeindesteuerstatistik 2006 erklärt [Monika Finger](#) die Struktur in Steffisburg.

1'664 Steuerpflichtige haben im Jahr 2006 keine Steuern bezahlen müssen.

7'058 Steuerpflichtige oder 72 % (Veranlagung 0 – 50'000 EK) zahlen 38 % der Einkommenssteuer.

Aktuelle Prognosedaten (letzter erfasster Stand):

Die zehn besten Steuerzahler zahlen momentan rund Fr. 0,5 Mio. Einkommenssteuern.  
Die zehn besten juristischen Personen zahlen momentan Fr. 1,3 Mio. Gewinnsteuern.

Die AGPK hat gefragt, ob die Steuerertragsplanung aufgrund der wirtschaftlichen Lage noch realistisch ist. [Monika Finger](#) ist der Meinung, dass für den Voranschlag 2009 die Einkommenssteuern stimmen. Im 2009 bilden nämlich die Löhne 2008 die Grundlage zur Fakturierung.

Die Finanzplanung wird jährlich überprüft. Diesbezüglich könnte es nächstes Jahr Korrekturen geben, aber auch aufgrund der Auswirkungen der Steuergesetzrevision. Tendenziell werden Zuwachsraten nächstes Jahr vermutlich nach unten korrigiert werden müssen.

Aus all den genannten Gründen ist [Monika Finger](#) der Auffassung, dass der Voranschlag 2009 realistisch ist. Die Gemeindeverwaltung hat sehr intensiv darauf geschaut, was möglich ist. Die Finanzkommission hat den Voranschlag geprüft und konnte sich darüber ins Bild setzen, dass mit den Gemeindefinanzen nicht verschwenderisch umgegangen wird.

## Stellungnahme AGPK

Die Präsidentin AGPK, Isabelle Bühler, orientiert, dass die AGPK den Voranschlag 2009 mit 5 zu 2 Stimmen genehmigt hat. Die gestellten Fragen hat Monika Finger während der Präsentation kompetent beantwortet.

## Eintreten

Die SP-Fraktion erachtet den Voranschlag 2009 als sinnvoll. Sie ist für Eintreten und wird dem Voranschlag 2009 zustimmen.

Beat Wegmann und die FDP-Fraktion nehmen zur Kenntnis, dass der Gemeinderat mit den öffentlichen Geldern auch in Zukunft sparsam umgehen will und das Ziel der Stärkung der Finanzen nach wie vor verfolgt wird. Obwohl nicht alle Vorgaben eingehalten werden (Zunahme Personal- und Sachaufwand), resultiert ein positives Ergebnis mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 350'000.00. Ob sich die Rechnung im 2009 so präsentieren wird, ist zumindest heute fraglich. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, dass der richtige Weg eingeschlagen wurde. Sie wird dem Voranschlag zustimmen.

Marget Bachmann dankt namens der EVP/EDU-Fraktion für die grosse Arbeit. Die Fraktion wird dem Voranschlag 2009 ebenso zustimmen.

Ulrich Berger gibt im Namen der SVP-Fraktion bekannt, dass die Fraktion grossmehrheitlich für das Eintreten ist. Sie wird den Voranschlag ablehnen, da aufgrund der Diskussionen das Ziel der Motion wohl nicht erreicht wird.

## Abstimmung über das Eintreten

Einstimmig ist der Rat für das Eintreten.

## Detailberatung

Der Vorsitzende schlägt vor, den Voranschlag kapitelweise zu behandeln.

### Teil 0 – Allgemeine Verwaltung / Seite 6 – 7

Keine Wortmeldung.

### Teil 1 – Öffentliche Sicherheit / Seiten 8 – 11

Keine Wortmeldung.

### Teil 2 – Bildung / Seiten 12 – 14

Keine Wortmeldung.

### Teil 3 – Kultur und Freizeit / Seiten 15 – 17

Keine Wortmeldung.

### Teil 4 – Gesundheit / Seiten 17 – 18

Keine Wortmeldung.

### Teil 5 – Soziale Wohlfahrt / Seiten 18 – 21

Keine Wortmeldung.

### Teil 6 – Verkehr / Seiten 22 – 23

Keine Wortmeldung.

Teil 7 – Umwelt und Raumordnung / Seiten 23 – 25

Keine Wortmeldung.

Teil 8 – Volkswirtschaft / Seiten 25 – 27

Keine Wortmeldung.

Teil 9 – Finanzen und Steuern / Seiten 28 - 30

Keine Wortmeldung.

Zusammenzug der Laufenden Rechnung nach Arten / Seiten 31 – 34

Keine Wortmeldung.

Zusammenzug der Investitionsrechnung nach Funktionen / Seite 35

Keine Wortmeldung.

Investitionsrechnung nach Funktionen / Seite 36 – 40

Keine Wortmeldung.

Zusammenzug der Investitionsrechnung nach Arten / Seiten 41

Keine Wortmeldung.

Zusammenzug der Laufenden Rechnung nach Funktionen / Seite 5

Voranschlag 2009 – Botschaft des Grossen Gemeinderates an die Stimmberechtigten (Gemeindeabstimmung vom 30. November 2008)

Keine Wortmeldung.

Gemeinderat Stephan Spycher erachtet die ausgebliebenen Wortmeldungen als Zeichen, dass die Arbeit gut gemacht wurde und die Ratsmitglieder zufrieden sind. Er stellt fest, dass die Zusammenarbeit zwischen den Fraktionen und den Mitgliedern der Finanzkommission gut funktioniert. Die Finanzkommission hat sich sehr intensiv mit dem Voranschlag, d.h. mit allen Einzelpositionen befasst.

Er weiss nicht, wie die ablehnende Haltung der SVP-Fraktion zu interpretieren ist. Er geht davon aus, dass der Voranschlag 2009 als solches in Ordnung ist, jedoch aber die SVP-Fraktion der Ziffer 2, d.h. der Steueranlage von 1,68 nicht zustimmen kann und den Voranschlag 2009 als Gesamtpaket ablehnt. Er empfiehlt, dem vorliegenden Voranschlag zuzustimmen.

### **Schlussabstimmung über Voranschlag 2009 und Botschaft**

Mit 22 zu 9 Stimmen fasst der Rat folgenden

### **Beschluss (zu Handen Gemeindeabstimmung vom 30. November 2008)**

Die Einwohnergemeinde Steffisburg

- gestützt auf Artikel 31 der Gemeindeordnung
- auf Antrag des Grossen Gemeinderates

beschliesst:

1. Der vom Grossen Gemeinderat unterbreitete Voranschlag für das Jahr 2009 wird genehmigt.
2. Im Jahr 2009 sind folgende Gemeindesteuern zu erheben:
  - a) auf den Gegenständen der Staatssteuer das 1,68-fache der gesetzlichen Einheitsansätze
  - b) eine Liegenschaftssteuer von 1,2 o/oo der amtlichen Werte
3. Dieser Beschluss wird eröffnet:
  - Herr Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Herr Gemeinderat Stephan Spycher
  - Finanzen

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach dem Urnengang, d.h. mit Wirkung ab 31. Dezember 2008, in Kraft.

**75 10.011.001 Aktuelle Reglemente, Verordnungen, Tarife (Originale)**  
**74.55.2 PAG Thun**

**Soziales; Reglement zur Übertragung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz an die Stadt Thun; Genehmigung**

### **Ausgangslage**

Die Einwohnergemeinde Steffisburg hat die Aufgabe der Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen per 01.01.2002 an die Stadt Thun übertragen. Die Stadt Thun als Sitzgemeinde führt eine **Professionelle Asylkoordinationsstelle** auf **Gemeindeebene** (PAG).

Die Revisionen des Bundesgesetzes über Ausländerinnen und Ausländer und des Asylgesetzes führen zu einer Entlastung des Bundes auf Kosten der Kantone. Mit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) am 01.01.2008 gilt für Personen mit vorläufiger Aufnahme das Primat der Integration. Zuständig für die Umsetzung sind die Kantone.

Gemäss dem neuen Einführungsgesetz zum Asyl- und Ausländergesetz (EG AA) sind im Wesentlichen folgende Personengruppen zu unterscheiden:

- Asylsuchende mit hängigem Asylverfahren (noch kein rechtskräftiger Asylentscheid)
- Asylsuchende mit rechtskräftiger Wegweisung (definitive Ablehnung des Asylgesuchs und Pflicht, die Schweiz zu verlassen)
- Vorläufig Aufgenommene (Ablehnung des Asylgesuchs, Vollzug aus humanitären Gründen zu Gunsten vorläufiger Aufnahme aufgeschoben). Hier wird unterschieden zwischen Personen, die sich weniger als 7 Jahre in der Schweiz aufhalten (VA-7) und solche, die sich länger als 7 Jahre (VA+7) ordnungsgemäss in der Schweiz aufhalten.

Der Regierungsrat des Kantons Bern hat am 04.06.2008 eine Änderung der Sozialhilfeverordnung beschlossen, die den Vollzug der Sozialhilfe für die vorläufig Aufgenommenen neu regelt:

- Die vorläufig Aufgenommenen **VA-7** bleiben in der gleichen Struktur wie vor dem Entscheid (**PAG**) und werden nach **Asylansätzen** unterstützt;
- Die vorläufig Aufgenommenen **VA+7** werden in die Regelstruktur der **Sozialhilfe** überführt und gleich wie die anderen Klienten und Klientinnen des Sozialdienstes betreut und unterstützt. Das bedeutet, dass sie nach den **SKOS-Richtlinien** unterstützt werden und haben auch Zugang zu den Beschäftigungs- und Integrationsangeboten der Sozialhilfe (BIAS).

Die Wohnsitzgemeinden haben die Möglichkeit, den Vollzug der Sozialhilfe für die vorläufig Aufgenommenen VA+7 an die PAG oder eine andere Trägerschaft zu übertragen.

Anfangs Juli 2008 unterbreitete die PAG-Thun der Einwohnergemeinde Steffisburg das Angebot, die fachliche Betreuung der vorläufig Aufgenommenen VA+7 und wo nötig die Ausrichtung der erforderlichen wirtschaftlichen Sozialhilfe nach kant. Vorgaben (inkl. Inkassi von Stipendien, Sozialversicherungsleistungen, etc.) sowie die Förderung der beruflichen und sozialen Integration dieser

Zielgruppe zu übernehmen und die geleistete wirtschaftliche Sozialhilfe bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern (GEF) in die Lastenverteilung SHG einzubringen.

### **Stellungnahme Gemeinderat**

Es steht den Gemeinden offen, ob sie die Betreuung der vorläufig aufgenommenen Personen, die sich seit mehr als sieben Jahren in der Schweiz aufhalten, an den Sozialdienst oder allenfalls an eine öffentlich-rechtliche Trägerschaft delegieren wollen.

Die Professionelle Asylkoordination Thun (PAG) ist ein Dienstzweig der Sozialdienste Thun. Das PAG-Team betreut schon seit Jahren die den 78 Anschlussgemeinden zugewiesenen Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen und war bis vor zwei Jahren auch für die Führung von Durchgangszentren verantwortlich. So konnte während Jahren Fach- und Erfahrungswissen gesammelt werden, das auch bei der nun neu auf berufliche und soziale Integration der seit längerem hier lebenden vorläufig Aufgenommenen genutzt werden kann. Es ist daher sinnvoll und zweckmässig, diese Aufgabe weiterhin durch die Mitarbeiter/innen der PAG Thun ausführen zu lassen.

Gemäss BSIG (**B**ernische **S**ystematische **I**nformation **G**emeinden) Nr. 8/860.111/5.1 vom 01.07.2008 des Kantons Bern bedarf die Übertragung dieser Aufgabe durch die Gemeinde eines Reglements.

### **Behandlung**

Gemeinderätin Susanna Schmid erläutert das Geschäft gemäss Bericht und Antrag. Sie betont, dass dabei keine zusätzlichen oder weniger Kosten entstehen (Nullsummenspiel). Sie bittet die Ratsmitglieder, dem Reglement zuzustimmen.

An dieser Stelle teilt der Vorsitzende mit, dass nun noch 31 Ratsmitglieder anwesend sind.

### **Stellungnahme AGPK**

Die Präsidentin der AGPK, Isabelle Bühler, orientiert, dass die AGPK das Reglement diskussionslos mit 7 zu 0 Stimmen genehmigt hat.

### **Eintreten**

Der Rat ist einstimmig für das Eintreten.

### **Detailberatung**

Keine Wortmeldungen.

### **Schlussabstimmung**

Einstimmig fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

1. Das Reglement zur Übertragung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz an die Stadt Thun wird genehmigt.
2. Das Reglement zur Übertragung der Sozialhilfe für vorläufig Aufgenommene mit mehr als sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz an die Stadt Thun tritt – unter Vorbehalt des fakultativen Referendums – am 1. Januar 2009 in Kraft.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, mit der Stadt Thun einen Zusammenarbeitsvertrag abzuschliessen.

4. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
5. Eröffnung an
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Frau Gemeinderätin Susanna Schmid
  - Herrn Gemeinderat Stephan Spycher
  - Finanzen
  - Soziales (Archiv-Nr. 74.55.2)
  - Präsidiales (Archiv-Nr. 10.011.001)

Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum im Sinne von Art. 37 der Gemeindeordnung.

## **76 10.061.001 Motionen**

### **Motion des Jugendrats betr. „Jugendtreff Schächli“ (2004/09); Abschreibung**

#### **Inhalt des Vorstosses**

Am 30. April 2004 hat der Jugendrat eine Motion eingereicht mit dem Begehren, den Gemeinderat zu ersuchen, vor dem Abbruch des Jugendtreffs Schächli eine gleichwertige Alternative zur Verfügung zu stellen.

Der Gemeinderat hat am 5. Mai 2004 die Motion den Abteilungen Soziales (Federführung/Koordination) und Hochbau/Planung zur Stellungnahme zugewiesen. Der Vorstoss wurde an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 20. August 2004 gemäss Antrag des Gemeinderates angenommen.

Die vom Gemeinderat beantragte Abschreibung der Motion wurde an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 1. Dezember 2006 abgelehnt, weil zum damaligen Zeitpunkt zwar Absichtserklärungen abgegeben wurden, aber nichts Verbindliches feststand.

#### **Stellungnahme Gemeinderat**

Seit Dezember 2006 wurde die „Vision“ eines Generationenhauses intensiv weiter verfolgt. Dank der guten Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsabteilungen und über alle Parteien hinweg konnte dem Grossen Gemeinderat am 25. April 2008 ein Projekt mit Kreditbegehren vorgelegt werden, das die einstimmige Zustimmung des Parlaments fand.

In der Zwischenzeit wurden in der Liegenschaft an der Ziegeleistrasse 4 die Büroräumlichkeiten im 1. Stock sowie die Räume im Dachgeschoss saniert, so dass die Jugendfachstelle Ende August 2008 dort einziehen konnte. Die Räumlichkeiten des heutigen Kindergartens werden in der zweiten Hälfte 2009 übernommen, wenn der Kindergarten an den neuen Standort verlegt worden ist und die Sanierungsarbeiten abgeschlossen sind. Damit ist die „Vision“ Realität geworden und den Jugendlichen wird ab Herbst 2009 ein Mehrzweckraum zur Verfügung stehen, wo sie sich im Rahmen des Konzeptes über die offene Kinder- und Jugendarbeit treffen können.

#### **Allgemeine Bestimmungen zu parlamentarischen Vorstössen**

Der Jugendrat wurde 2007 mangels genügend Interessenten sistiert. Das Begehren ist heute teilweise und wird im Herbst 2009 mit der Einrichtung eines Mehrzweckraumes in den Räumlichkeiten des heutigen Kindergartens an der Ziegeleistrasse 4 vollumfänglich erfüllt. Da der Jugendrat heute nicht mehr aktiv ist, kommt Art. 23 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates sinngemäss zur Anwendung und der Vorstoss wird grundsätzlich gegenstandslos. Trotzdem soll der Vorstoss auf dem ordentlichen Weg abgeschrieben werden, da der Inhalt erfüllt ist bzw. wird.

## Behandlung

Gemeinderätin Susanna Schmid erläutert, dass dieses Geschäft nach Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates eigentlich gegenstandslos ist, weil der Jugendrat nicht mehr existiert. Es ist ihr aber wichtig, dass dieses Geschäft behandelt und diskutiert wird. Alles rund um die Jugend bzw. die Jugendfachstelle hat sehr viel Zeit beansprucht. Ebenfalls waren die Diskussionen rund um den Jugendtreff zum Teil sehr intensiv. In der Zwischenzeit ist bekannt, dass die Jugendfachstelle im zukünftigen Jugendhaus an der Ziegeleistrasse 4 einzieht. Nächstes Jahr, wenn der Kindergarten an die Unterdorfstrasse zügeln kann, wird auch der grössere Raum im unteren Teil des Hauses für die Jugendlichen frei werden. Sie lädt alle ganz herzlich zum Tag der offenen Tür der Jugendfachstelle z4 am Samstag, 25. Oktober 2008 ein. Eine grosse Einweihungsfeier wird nächstes Jahr stattfinden, wenn auch der untere Teil des Gebäudes bezogen werden kann. Sie freut sich, dass dieses Geschäft nun abgeschlossen werden kann.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Diskussion nun offen ist, da der Jugendrat sistiert wurde und kein Erstunterzeichner anwesend ist.

Martin Lehmann findet es schade, dass der Jugendrat sistiert wurde und niemand zur Motion Stellung nimmt. Er ist der Ansicht, dass der Jugendrat nicht mehr existiert, weil es keinen Jugendtreff mehr gibt. Für die Jugendlichen ist es schwer verständlich, dass so lange auf eine Lösung gewartet werden musste. Für die Jugendlichen hatte der Treff eine grosse Bedeutung, da sie beim Aufbau mitgeholfen haben. Er erachtet fünf Jahre als eine lange Zeit, bis eine Alternative angeboten werden konnte. Hätte die SP-Fraktion nicht immer mit Vorstössen Druck gemacht, ist er überzeugt, dass es heute wohl noch keine Alternative geben würde. Die SP-Fraktion erachtet das neue Konzept der Jugendfachstelle als gut und kann dahinter stehen. Jedoch reicht das Konzept alleine nicht. Martin Lehmann berichtet, dass es wichtig ist, dass die Jugendlichen in den Jugendtreff geholt werden können. Bekanntlich treffen sie sich an verschiedenen Orten, wo sie sich „voll laufen lassen“. Dies geschieht ausser Aufsicht und ohne Kontrolle, deshalb ist es für die SP-Fraktion fraglich, wie diesbezüglich die Jugendlichen abgefangen werden können. Dazu braucht es noch zusätzliche Bemühungen, indem man hinaus auf die Jugendlichen zu geht und versucht, mit ihnen zusammen die Probleme zu diskutieren und zu lösen. Die SP-Fraktion ist bereit, die Motion abzuschreiben, jedoch als nicht erfüllt. Denn die zeitliche Forderung der Alternativlösung konnte nicht eingehalten werden.

Ursula Saurer gibt namens der SVP-Fraktion das Eintreten bekannt. Sie unterstützt die Abschreibung der Motion als erfüllt.

Gemeinderätin Susanna Schmid ist gar nicht der Meinung, dass der Jugendrat wegen dem Jugendtreff nicht mehr im Saal vertreten ist. Es seien nicht die gleichen Leute, welche im Jugendtreff und im Jugendrat waren. Zwischen 10 und 15 Jugendliche haben den Jugendtreff jeweils besucht – dies von rund 1'600 Jugendlichen in Steffisburg. Was die „Sauferei“ betrifft, müssen die Eltern ihre Verantwortung übernehmen und wissen, wo sich ihre Kinder in der Nacht aufhalten. Dies könne doch nicht die Aufgabe der öffentlichen Hand sein. „Wo sind die Eltern in dieser Angelegenheit“, fragt sich Gemeinderätin Susanna Schmid.

### Abstimmung über die Abschreibung der Motion als erfüllt

21 Ratsmitglieder sind dafür, die Motion als erfüllt abzuschreiben.

### Abstimmung über die Abschreibung der Motion als nicht erfüllbar

7 Ratsmitglieder sind dafür, die Motion als nicht erfüllbar abzuschreiben.

## Schlussabstimmung

Der Rat fasst mit 21 zu 7 Stimmen folgenden

## Beschluss

1. Die Motion des Jugendrats betr. „Jugendtreff Schächli“ (2004/09) wird als erfüllt abgeschrieben.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Frau Gemeinderätin Susanna Schmid
  - Herrn Gemeinderat Lorenz Kopp
  - Soziales
  - Hochbau/Planung
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.001)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 25. November 2008, in Kraft.

## 77 10.061.003 Interpellationen

### Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Strassensanierung Bahnhofstrasse West“ (2008/18); Beantwortung

#### Inhalt der Interpellation

An der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 22. August 2008 hat die FDP-Fraktion eine Interpellation betr. „Strassensanierung Bahnhofstrasse West“ (2008/18) mit folgendem Wortlaut eingereicht: *„Im Verlaufe des Jahres 2007 wurden die Bahnhofstrasse West und die darin liegenden Werkleitungen umfassend saniert. Dazu wurde die Strasse etappenweise auf ihrer ganzen Breite und Länge geöffnet, die Leitungen aller Gewerke wurden ersetzt, ein neuer Unterbau wurde erstellt und der Oberbau, ohne den definitiven Feinbelag, wurde im Herbst 2007 fertig eingebaut. Die regelmässigen Benutzer der Strasse warteten daher im Frühling dieses Jahres insbesondere in Anbetracht des nun mehr sehr unebenen Asphaltbelages sehnlichst auf das Einbringen des Feinbelages. Zum Erstaunen vieler aber fuhren vor einigen Wochen wieder Baumaschinen auf, die Strasse wurde an mehreren Orten erneut geöffnet und es wurden Arbeiten an Leitungen im Unterbau in Angriff genommen.*

Fragen:

1. Welches ist der Grund für diese neuen Arbeiten?
2. Wieso wurden diese Arbeiten nicht mit denjenigen im Jahr 2007 ausgeführt?
3. Wie hoch sind die Mehrkosten für die Ausführung der Arbeiten in mehreren Etappen?
4. Wer kommt für diese Mehrkosten auf?
5. Wann werden die Sanierungsarbeiten definitiv fertig gestellt?

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 25. August 2008 die Interpellation der Abteilung Tiefbau/Umwelt zur Beantwortung zugewiesen.

#### Stellungnahme Gemeinderat

##### Frage 1: Welches ist der Grund für diese neuen Arbeiten?

Für die erneuten Bauarbeiten an der Bahnhofstrasse gibt es mehrere Gründe. Mit Kanalfernsehaufnahmen wurden die ausgeführten Arbeiten und die übrige Strassenentwässerung kontrolliert. Dabei zeigte sich, dass einerseits durch die Verdichtungsarbeiten anlässlich der Arbeiten 2007 Schäden an den alten Leitungen aufgetreten sind und andererseits die Leitungen im Bereich der Bepflanzungen Wurzeleinwüchse hatten (grösstenteils im Bereich des öffentlichen Spielplatzes). Um eine Sanierung mit dem Inlinerverfahren zu ermöglichen, mussten im Bereich der Einlaufschächte Anpassungen gemacht werden. Nach Beendigung der Bauarbeiten an der Bahnhofstrasse hat die Burgergemeinde Thun ein definitives Baugesuch für die Zufahrten zum Grundstück in der Zone für Planungspflicht (ZPP) A eingereicht. In diesem Zusammenhang musste die Burgergemeinde Thun die Entwässerung dieser Zufahrten lösen und die notwendigen Leitungen



für die Strassenentwässerung einbauen, damit der neue Deckbelag nicht kurz nach der Fertigstellung wieder aufgebrochen werden muss. Weiter werden bestehende Schachtdeckel und Schieber auf die definitive Höhe versetzt. Einzelne Abdeckungen müssen dazu ausgewechselt werden. Diese Arbeiten werden jeweils kurz vor dem Einbau des Deckbelags ausgeführt.

Bei der Kontrolle der privaten Liegenschaftsentwässerungen mittels Kanalfernsehaufnahmen an der Bahnhofstrasse wurde in einzelnen Fällen ein Sanierungsbedarf bei den privaten Liegenschaften festgestellt. Bis auf wenige Ausnahmen werden diese Reparaturarbeiten der privaten Leitungen mit dem Inlinerverfahren ausgeführt. Dort wo dies nicht möglich ist, werden die Reparaturen mittels eines Grabenaufbruchs vorgenommen.

Frage 2: Wieso wurden diese Arbeiten nicht mit denjenigen im Jahr 2007 ausgeführt?

Das Baugesuch der Burgergemeinde wurde erst 2008 eingereicht. Ebenfalls konnten die Kanalfernseharbeiten aus Kapazitätsgründen erst 2008 erledigt werden. Die Kanalfernsehaufnahmen müssen zuerst aufgenommen und anschliessend extern ausgewertet werden. Einige Schäden an den Leitungen waren vor Beginn der Arbeiten in der Bahnhofstrasse mit grosser Wahrscheinlichkeit nicht vorhanden und sind auf die Verdichtung des Strassenkörpers zurückzuführen. Diese wurden bei der Kontrolle der Arbeiten festgestellt. Auch werden die notwendigen Anpassungen der Schächte und Schieber normalerweise erst kurz vor dem Deckbelageinbau durchgeführt.

Frage 3: Wie hoch sind die Mehrkosten für die Ausführung der Arbeiten in mehreren Etappen?

Bereits bei der Ausschreibung wurde berücksichtigt, dass die Arbeiten für den Deckbelag im Jahr 2008 erfolgen werden. In dem Sinne gibt es keine unvorhergesehenen Etappen und auch keine Mehrkosten (siehe auch Frage 4).

Frage 4: Wer kommt für die Mehrkosten auf?

Arbeiten, welche durch private Bauherren ausgelöst wurden, werden von diesen bezahlt. Die Garantiarbeiten gehen zu Lasten der Unternehmer. Die Kanalfernsehaufnahmen wurden im Zuge der Arbeitsvergabe zur Kontrolle der privaten und der öffentlichen Leitungen der Firma Notter vergeben und gehen zu Lasten des Budgets. Für diese Kontrolle mittels Kanalfernsehaufnahmen besteht eine Planung über mehrere Jahre. Es ist vorgesehen, dass in den kommenden Jahren sämtliche privaten Liegenschaftsentwässerungen kontrolliert und die privaten Hauseigentümer über die Resultate informiert werden. Die Anpassungsarbeiten der Strassenentwässerung sind im Kredit berücksichtigt. Die notwendigen Arbeiten im Bereich der Kanalisationsleitungen werden über den Kanalunterhalt im Rahmen des Budgets erledigt. In diesem Sinne entstehen keine Mehrkosten.

Frage 5: Wann werden die Sanierungsarbeiten definitiv fertig gestellt?

Vorgesehen ist den Deckbelag bis Ende September 2008 einzubauen (witterungsabhängig), damit die ganze Bahnhofstrasse (West und Ost) auf diesen Zeitpunkt hin fertig gestellt werden kann.

## **Behandlung**

Gemeinderat Jürg Marti, stellvertretend für Gemeinderat Marcel Schenk, hat keine Ergänzungen anzubringen.

## **Erklärung Interpellant**

1. Der Interpellant und Erstunterzeichner, Herr Stefan Schneeberger, erklärt sich von den Antworten zur Interpellation der FDP-Fraktion betr. „Strassensanierung Bahnhofstrasse West“ (2008/18) als befriedigt.
2. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Herrn Gemeinderat Marcel Schenk
  - Tiefbau/Umwelt
  - Präsidiales, Sekretariat GGR (10.061.003)

## 78 10.061.000 Parlamentarische Vorstösse

### Neue parlamentarische Vorstösse; Bekanntgabe und Begründung

#### 78.1 Dringliche Motion der SP-Fraktion betr. „Standortfrage Firma Meyer Burger AG“ (2008/19)

##### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, aktiv und gemeinsam mit dem WRT und den übrigen Gemeinden der Wirtschaftsregion Thun ~~beim VBS~~ Einfluss zu nehmen damit alles denkbar Mögliche unternommen wird die Firma Meyer Burger AG in der Region zu halten.

##### Begründung:

Mit der Firma Meyer Burger AG sind viele Arbeitsplätze in der Region verbunden. Der SP Fraktion ist es wichtig, dass regional ansässige Firmen betreut und unterstützt werden. Es ist immer viel schwieriger neue Firmen in die Region beziehungsweise nach Steffisburg zu holen. Meyer Burger AG und auch unsere übrigen Unternehmungen brauchen ein klares Bekenntnis, dass Steffisburg helfen will.“

##### Behandlung

Der Erstunzterzeichner, Peter Jordi, begründet die Dringlichkeit damit, dass rasch gehandelt werden muss und nicht erst in ein paar Monaten. In Industrieunternehmen fallen Entscheide bekanntlich ziemlich rasch.

Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller beantragt einen Sitzungsunterbruch, damit das Anliegen mit dem Gemeinderat besprochen werden kann. Er empfiehlt der SP-Fraktion während des Sitzungsunterbruches in Erwägung zu ziehen, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Inhaltlich stellt der Vorstoss keine Motion dar. Der Inhalt ist kein Gegenstand, welcher in der Kompetenz des Grossen Gemeinderates oder des Volkes liegt.

##### Abstimmung über einen Sitzungsunterbruch

Die Grossmehrheit der Ratsmitglieder ist für einen Sitzungsunterbruch.

Peter Jordi gibt namens der SP-Fraktion bekannt, dass sie bereit ist die dringliche Motion in ein dringliches Postulat umzuwandeln, wenn es auch dringlich behandelt wird.

Hans Rudolf Feller teilt mit, dass der Gemeinderat die Dringlichkeit als Postulat gewährt und ist bereit, dieses heute Abend anzunehmen. Der Gemeinderat ist mit dem Postulanten einverstanden, dass sofort etwas gemacht werden muss, ansonsten ist der Zug abgefahren.

##### Abstimmung über die Dringlichkeit des Postulates

Der Rat stimmt der Dringlichkeit einstimmig zu.

Jürg Gerber, FDP, erachtet den Vorstoss als gut. Er würde jedoch im Motionstext folgende Einschränkung vornehmen (grundsätzlich betrifft es die Ruag und nicht das VBS):

„Der Gemeinderat wird beauftragt, aktiv und gemeinsam mit dem WRT und den übrigen Gemeinden der Wirtschaftsregion Thun ~~beim VBS~~ Einfluss zu nehmen damit alles denkbar Mögliche unternommen wird die Firma Meyer Burger AG in der Region zu halten.

##### Abstimmung über die Annahme des dringlichen Postulates (inkl. Abänderung des Motionstextes)

Einstimmig beschliesst der Rat, das dringliche Postulat anzunehmen.

Somit fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

1. Die Dringlichkeit der Motion der SP-Fraktion betr. „Standortfrage Firma Meyer Burger AG“ (2008/19) wird angenommen.
2. Nachdem der Erstunterzeichner, Peter Jordi, die dringliche Motion auf Antrag des Gemeinderates in ein dringliches Postulat umgewandelt hat, wird der Vorstoss als dringliches Postulat angenommen.
3. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
4. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Gemeindeschreiber
  - Präsidiales (Archiv-Nr. 10.061.002)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 15. April 2008, in Kraft.

### 78.2 Motion der FDP-Fraktion betr. „Gewerbeland Bypass Thun Nord“ (2008/20)

#### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, das Land zwischen der Bernstrasse und der beim Bypass Thun Nord geplanten Parallelstrasse als Gewerbeland sicherzustellen.“

#### Begründung:

Bei der erfolgreich durchgeführten OPLA Steffisburg wurde von allen Seiten dem Gewerbeland zuwenig Beachtung geschenkt. Dies hat zur Folge, dass in Steffisburg aktuell keine freien Gewerbelandreserven zur Verfügung stehen. Die Situation wird sich bei einer allfälligen Überbauung des Gschwend-Areals, mit über 34 aktiven Gewerbetreibenden, massiv zuspitzen.

Gemäss den Regierungsrichtlinien 2007 bis 2010 sieht der Gemeinderat beim Punkt B2/B3 vor; „Steffisburg betreibt eine aktive Bodenpolitik und stellt Bauland für Gewerbebauten wie auch für Wohnbauten zu Verfügung“. Dieses Ziel kann nur mit der rechtzeitigen Sicherung des „Gewerbe-gürtels“ Bernstrasse sichergestellt werden.“

Der Erstunterzeichner, Jürg Gerber, hat keine weiteren Ergänzungen zum parlamentarischen Vorstoss.

### 78.3 Postulat der FDP-Fraktion betr. „Attraktive Steuern für Steffisburg“ (2008/21)

#### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt, bei der Bearbeitung seiner nächsten Finanzplanung 2009 bis 2014 zu prüfen,

1. ob die Steueranlage ab dem Jahr 2011 um mindestens einen Steuerzehntel gesenkt werden kann und
2. ob die Liegenschaftssteuern auf 1,0 o/oo gesenkt werden können, ohne dass mit diesen Massnahmen die finanzpolitischen Ziele gefährdet werden.

#### Begründung:

Die Steuersenkungsmotion der SVP zielt in die richtige Richtung. Aber im Jahr 2009 besteht kein Steuersenkungspotential, denn die Anliegen unserer Motion Schuldenabbau sind noch nicht vollständig umgesetzt. Dies ändert sich ab dem Jahr 2011 (Quelle: aktueller Finanzplan), was eine deutliche Steuersenkung möglich macht:

- Ende 2010 sind die BKW-Aktien verkauft und unser Finanzhaushalt ist nachhaltig entlastet.
- Ende 2010 betragen die Schulden noch ca. CHF 26 Mio. und unsere Zinsausgaben sind nachhaltig gesenkt.
- Im Jahr 2010 erwarten wir einen Ertragsüberschuss von bereits ca. TCHF 800.
- Ab dem Jahr 2011 entsprechen alle Finanzkennziffern, mit Ausnahme des Selbstfinanzierungsanteils, dem kantonalen Mittel.
- Um auch den Selbstfinanzierungsanteil zu verbessern, brauchen wir finanzkräftige Steuerzahler, welche wir (unter anderem) auch mit tiefen Steuern anlocken wollen.
- Steueranlage wie auch Liegenschaftssteuer haben Senkungspotential.
- In den Jahren 1995/96 sind vier Steuererhöhungsvorlagen gescheitert ... mit Ausnahme der Liegenschaftssteuern, welche damals auf 1,2 o/oo erhöht wurden. In erster Linie ist diese Steuererhöhung rückgängig zu machen.“

Der Erstunterzeichner, Beat Wegmann, hat keine weiteren Ergänzungen zum parlamentarischen Vorstoss.

#### 78.4 Postulat der SP-Fraktion betr. „Sicherung des Schulweges vom Schwäbis-/Bernstrasse-/Günzenenquartier über die Stockhornstrasse im Zusammenhang mit der Planung Bypass-Nord“ (2008/22)

##### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, mit welchen geeigneten Massnahmen die Sicherung des Schulweges – vom Schwäbis-/Bernstrasse-/Günzenenquartier über die Stockhornstrasse – gewährleistet werden kann.

##### Begründung:

Im Zusammenhang mit der Planung Bypass-Nord wurde nie über den Schulweg Stockhornstrasse gesprochen. Die Zulgrasse soll entlastet werden, da dies ein Schulweg sei und sich verschiedene Schulanlagen daran befinden. Auch die Stockhornstrasse ist ein Schulweg – nämlich für die SchülerInnen aus dem Schwäbis-/Bernstrasse- und Günzenenquartier!! Die UnterstufenschülerInnen des Glockenthalschulhauses aus dem Günzenen- und Bernstrassenbereich haben heute schon mit der Situation Stuckikreisel/“La Halle“ einen schwierigen Schulweg. Die Oberstufenschüler aus diesen Quartieren benutzen nicht den Radweg (=Umweg) und fahren direkt via Stockhorn-/Astra-/Bahnhof-/Austrasse in die Schulanlagen Zulg und Schönau. Es muss beachtet werden, dass nicht noch ein zweiter Stuckikreisel entsteht und so eine zusätzliche Gefahrenzone geschaffen wird.“

Martin Erb, SP, erläutert, dass mit dem Postulat erreicht werden will, dass alle Steffisburger-Schulkinder einen sicheren Schulweg haben. Die SP-Fraktion befürchtet, dass mit dem Bau des Bypasses Thun-Nord die Stockhornstrasse noch mehr belastet wird als sie jetzt schon ist.

#### 78.5 Postulat der SP-Fraktion betr. „Gestaltung der Pausenplätze Schulanlage Zulg und Schönau“ (2008/23)

##### Begehren

„Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen, wie mit geeigneten Massnahmen die Gestaltung der Pausenplatzanlagen bei den Schulanlagen Zulg und Schönau raschmöglichst verbessert werden kann.

##### Begründung:

Schon seit längerer Zeit wird über den Zustand der Pausenplätze und Velounterstände bei den Schulanlagen Zulg und Schönau diskutiert. Leider ist bis heute nicht viel zur Verbesserung der Situation geschehen. Die Anlagen sind grau und unfreundlich. Die Schüler haben keine Möglichkeiten, ihre Pausen sehr sinnvoll zu gestalten und sich wirklich zu erholen. Auch wird der Pausenraum bei der Anlage Zulg oft durch die parkierten Fahrzeuge stark eingeschränkt (SP-Motion vom 05.12.2003: Pausenplätze sind keine Parkplätze).

Die Erstunterzeichnerin, Claudia Schanz, hat keine weiteren Ergänzungen zum parlamentarischen Vorstoss.

#### 78.6 Interpellation der SP-Fraktion betr. „Tageselternverein“ (2008/24)

##### Begehren

„An der Sitzung vom 22. August wurde der Grosse Gemeinderat informiert, dass Steffisburg sich dem Tageselternverein Thun und Umgebung angeschlossen hat. Diese sinnvolle Zusammenarbeit im Bereich familienergänzender Kinderbetreuung begrüssen wir sehr und sehen diese als wichtigen Beitrag zur Unterstützung der Familien in unserem Dorf. Der Vertrag sieht 1'500 Betreuungsstunden pro Jahr vor. Dies entspricht knapp 190 Tagen à 8 Stunden. Das heisst, ausgehend von 45 Betreuungswochen im Jahr, könnten 4 Familien mit einer 10 % Tätigkeit/Betreuung davon profitieren.“

##### Fragen:

- Wie wird dieses neue Element in das Gesamtkonzept der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätte, Kinderhort etc.) eingebunden?
- Was geschieht, wenn die Nachfrage über die im Vertrag vereinbarte Stundenanzahl hinausgeht?
- Wie erfolgt die Kommunikation an die Eltern über die neue Möglichkeit der Tagesbetreuung über den Tageselternverein? Wir denken hier sowohl an die Information für abgebende Eltern als auch an interessierte potenzielle Tageseltern.“

Die Erstunterzeichnerin, Ruth Lehmann, hat keine weiteren Ergänzungen zur Interpellation.

#### 78.7. Interpellation der SVP-Fraktion betr. „Vertrag Ueberbauung Dorfplatz Steffisburg“ (2008/25)

##### Begehren

„Die Gemeinde Steffisburg hat mit der Amman Globalbau AG einen Vertrag betreffend Ueberbauung des Dorfplatzes abgeschlossen. Das zu realisierende Projekt ist sehr umstritten. Wir ersuchen den Gemeinderat folgende Fragen zu beantworten:

1. Wer hat vorgenannten Vertrag ausgearbeitet?
2. Wurde die Gemeinde Steffisburg rechtlich beraten, wenn ja durch wen?
3. Enthält der Vertrag eine Ausstiegsklausel?
4. Ist die Gemeinde Steffisburg gegenüber der Amman Globalbau AG schadenersatzpflichtig, wenn ja in welcher Höhe?
5. Ist der Gemeinderat bereit, den Mitgliedern des GGR den Vertrag vorzulegen?“

Der Erstunterzeichner, Heinz Gerber, hat keine weiteren Ergänzungen zur Interpellation.

## **79 10.061.004 Einfache Anfragen**

### **Anfragen**

#### 79.1 Beantwortung der einfachen Anfrage aus der GGR-Sitzung vom 22. August 2008 betr. Sackgass-Tafel am Sunneschyn-Weg – Anfrage von Elisabeth Schwarz

Elisabeth Schwarz fragte an, weshalb die „Sackgass-Tafel am Sunneschynweg im Rahmen der Einführung der 30-Zone am Ortbühlweg noch nicht weggenommen wurde.

Gemeinderat Jürg Marti erläutert, dass das Sackgass-Schild zwischenzeitlich entfernt wurde.

79.2 Beantwortung der einfache Anfrage aus der GGR-Sitzung vom 22. August 2008 betr. Sanierung Gummweg – Anfrage von Christian Gerber

Christian Gerber fragte an, ob sich die Kosten für die Sanierung des Gummweges im budgetierten Rahmen befinden.

Gemeinderat Jürg Marti informiert stellvertretend für Marcel Schenk, dass zum aktuellen Kostenstand noch verschiedene Abklärungen gemacht werden müssen. Der Grosse Gemeinderat wird zu gegebener Zeit darüber informiert werden.

79.3 Persönliche Erklärung Peter Jordi, SP

Bekanntlich wird am 30. November 2008 eine neue Gemeindepräsidentin oder ein neuer Gemeindepräsidenten gewählt. Die SVP wird zusammen mit der SP und EVP am 4. November 2008 ein Podiumsgespräch mit den Kandidaten durchführen. Die Moderation des Abends wird Christian Strübin übernehmen.

79.4 Thunstrasse/Hombergstrasse

Hansueli Kropf teilt mit, dass im Spitz zwischen der Thunstrasse und der Hombergstrasse ein neues Haus erstellt wurde. Der Hauptzugang führt direkt auf die Hombergstrasse hinaus. Die letzten zwei Meter sind zudem noch abfallend. Es muss bedenkt werden, dass 150 m davon entfernt die Tempolimit von 40 km/h aufhört und Tempo 50 gilt. Es gibt Leute, welche bei der besagten, kritischen Stelle mit 50 km/h fahren. Er fragt, ob dieser Umstand im Baugesuch nicht berücksichtigt worden ist und ob es überhaupt zulässig ist, dass ein solcher Hauptzugang von einem Haus direkt auf eine Strasse hinausführt, wo Tempo 50 gefahren werden darf.

Gemeinderat Jürg Marti kann die Frage nicht beantworten. Er wird die Angelegenheit zusammen mit der Abteilung Hochbau/Planung klären und an der Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. November 2008 darüber informieren.

**80 10.060.004 Sitzungskalender / Terminkalender**

**Sitzungskalender 2009; Genehmigung**

**Ausgangslage**

Der Sitzungskalender 2009 wurde unter Berücksichtigung der eidgenössischen Abstimmungsdaten, der Schulferien sowie übrigen wichtigen Daten und in Anlehnung an die bisherige Praxis erstellt.

1. Sitzungen des Grossen Gemeinderates

2009

1. Sitzung	Freitag,	23. Januar 2009	4. Woche	
2. Sitzung	Freitag,	06. März 2009	10. Woche	
3. Sitzung	Freitag,	24. April 2009	17. Woche	Verwaltungsbericht / Rechnung
4. Sitzung	Freitag,	19. Juni 2009	25. Woche	
5. Sitzung	Freitag,	21. August 2009	34. Woche	
6. Sitzung	Freitag,	16. Oktober 2009	42. Woche	Finanzplan / Voranschlag
7. Sitzung	Freitag,	27. November 2009	48. Woche	

2010

1. Sitzung	Freitag,	22. Januar 2010	3. Woche	
------------	----------	-----------------	----------	--

Die Sitzungen finden im Dachgeschoss des Höchhus' statt. Änderungen und weitere Sitzungen bleiben vorbehalten. Die Sitzungen beginnen ordentlicherweise um 17.00 Uhr. Je nach Umfang der Traktandenliste bleibt ein früherer Sitzungsbeginn vorbehalten.

## 2. Ausflug Grosser Gemeinderat

Freitag, 11. September 2009 (ab ca. 13.00 Uhr)

## 3. Abstimmungsdaten Bund / Kanton / Gemeinde 2009/2010

08. Februar 2009  
17. Mai 2009  
27. September 2009  
29. November 2009

07. März 2010  
13. Juni 2010  
26. September 2010  
28. November 2010 (Gemeindewahlen)

## Behandlung

Einstimmig fasst der Rat folgenden

## **Beschluss**

1. Der Sitzungskalender des Grossen Gemeinderates für das Jahr 2009 wird genehmigt.
2. Mit dem Vollzug dieses Beschlusses wird der Gemeinderat beauftragt.
3. Eröffnung an:
  - Herrn Gemeindepräsident Hans Rudolf Feller
  - Mitglieder Gemeinderat
  - Herrn Peter Maurer, GGR-Präsident
  - Mitglieder AGPK 2009
  - Abteilungsleitungen
  - Sekretariat GGR
  - Präsidiales (Archiv Nr. 10.060.004)

Sofern dieser Beschluss nicht angefochten wird, tritt er 30 Tage nach der Veröffentlichung, d.h. mit Wirkung ab 25. November 2008, in Kraft.

## Zukünftiger Sitzungsort - Höchhus oder Aula Schönau

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Stiftung Höchhus die Infrastruktur entsprechend anpassen wird, wenn sich der Grosse Gemeinderat entscheidet, künftig ihm Höchhus die Sitzungen abzuhalten.

Ulrich Berger teilt mit, dass die SVP-Fraktion grossmehrheitlich dafür ist, wieder in der Aula Schönau zu tagen.

Sandro Stauffer dankt dem Leitenden Ausschuss für die optimierte Sitzordnung. Er ist der Meinung, dass der Grosse Gemeinderat weiterhin im Höchhus tagen soll.

Abstimmung

Der Grosse Gemeinderat entscheidet mit 19 zu 9 Stimmen, weiterhin im Höchhus zu tagen.

Schluss der Sitzung um 19.30 Uhr

Grosser Gemeinderat Steffisburg  
Der Präsident

Der Gemeindeschreiber

Die Protokollführerin

Peter Maurer

Rolf Zeller

Marianne Neuhaus

Die Stimmzählenden

Michael Riesen

Claudia Schanz